

Pulsnitzer Tageblatt

Herausgeber 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138, Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen, hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0,65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0,55 RM; durch die Post monatlich 2,60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Pul: Die 41 mm breite Zeile (Moffe's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pul, in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Pul; amtlich 1 mm 30 Pul und 24 Pul; Reklame 25 Pul. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Wetzbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Großbubsdorf, Bretzig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Wetzbach, Ober- und Niederlichtanau, Freiwerderdorf, Thlemdorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. S. Grätz & Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 36

Mittwoch, den 12. Februar 1930

82. Jahrgang

Amthlicher Teil.

In letzter Zeit sind von unbekanntenen Personen an verschiedenen Straßen der Stadt Bäume umgebrochen bzw. beschädigt worden. Auch sind teilweise die Straßenbezeichnungsschilder und das zur Sicherheit des Publikums am Schloßteich angebrachte Schutzgitter ebenfalls beschädigt oder gewaltsam entfernt worden. Für Ermittlung der Täter wird hierdurch

eine Belohnung bis zu 100 RM

mit der Maßgabe festgesetzt, daß unter Ausschluß des Rechtsweges der unterzeichnete Stadtrat die Höhe und die Verteilung der Belohnung an eine oder mehrere Personen bestimmt, durch deren Angabe die Täter der Bestrafung zugeführt werden können. Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt

Pulsnitz, am 12. Februar 1930.

Rat der Stadt.

Donnerstag, den 13. Februar 1930, vorm. 10 Uhr sollen in Pulsnitz, Restaurant zum Bürgergarten

1 Warenauftrag mit verschied. Ledertaschen, 1 Portemonnaie u. a. m., 1 Tisch, 1 Kommode
meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 12. Februar 1930. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts

Anzeigen haben im Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

Stürmische Young-Ausprache im Reichstag

Rebeduell Curtius—Hugenberg — Kommunistisches Pfeifkonzert

Landtagauflösung in Sicht? — Das neue Brotgesetz

Schicksalstage!

Am Dienstag endlich, nach langem Zögern, allzu langem Warten vielleicht, fand im Reichstag die große Ausprache über den Young-Plan statt. Eine Lebensfrage stand auf der Tagesordnung, es waren Vorbereitungen zu einer Entscheidung, die für Generationen gilt. Es war ein sogenannter großer Tag im Reichstag, und zu den Tribünen drängte sich wie selten seit Jahren Publikum, das aus dem Munde der Redner aller Parteien und des Reichsaußenministers hören wollte, wie es steht um den Young-Plan, was er uns bringt, und wie er beurteilt wird. Es sind verantwortungsvolle Tage für unsere Volksvertreter, die Tage der Ausprache über den Young-Plan. Einige Jahre sind es her, seit man über einen anderen Plan in hitzige Wortkämpfe geriet, den Dawes-Plan. Er soll nun ersetzt werden durch den Young-Plan. Die einen sagen, der Young-Plan bringt Erleichterung, die anderen sagen, er legt uns noch größere Lasten auf als der Dawes-Plan, und er enthält große Gefahren für die Zukunft. Hier fordert man von den Volksvertretern ein Ja für die Unterzeichnung des Planes, dort ein entschiedenes Nein. So stehen sich Parteien gegenüber, und wer die Mehrheit hinter sich hat, der bestimmt das Ergebnis der Abstimmung.

Ja oder nein, darum geht die Debatte. Es ist kein Zweifel, daß die Entscheidung „ja“ lautet, aber die Redner des ersten Tages, ob der Außenminister, ob der Vertreter der Sozialdemokraten, ob Redner der Mittelparteien, ob die Redner der Opposition, sie alle stimmten darin überein, daß die Verantwortung für die Unterzeichnung des Young-Planes groß ist, über groß. Es gab keinen, der dem Young-Plan ein Loblied gesungen hätte, keiner sagte es hinaus: „Unterzeichnet, denn es ist günstig, was man auch dort unterbreitet!“ Alle Redner äußerten ihre Bedenken, die bald größer, bald kleiner waren, je nach der Parteieinstellung. Und das ist das Wesentliche, daß man sich in allen Parteien darüber klar ist, daß hier ein Vertrag unterschrieben wird, der vielleicht, ja höchstwahrscheinlich unerfüllbar ist. Bis dahin besteht Einmütigkeit. Dann aber folgern die einen: Also lehnt diesen Plan ab, die anderen aber sagen: „Unterzeichnet nur den Vertrag, die Ereignisse der Zukunft werden selbst lehren, daß er nicht erfüllbar ist, und dann wird auch bei denen, die uns den Vertrag auferlegen, die Einsicht kommen, daß eine Revision nötig ist.“

Es sind Schicksalstage, die wir durchleben, Tage, die in der Geschichte des deutschen Volkes verzeichnet bleiben werden, Geschehnisse, über die spätere Generationen urteilen werden. Die Zukunft halten wir in der Hand. Wir sehen die Gefahren, wir fürchten sie, aber die Ereignisse fordern Entscheidung. Was uns die Zukunft bringt, das kann uns wirklich niemand sagen, aber wir dürfen nicht die Ruhe und die Besonnenheit verlieren, denn die schweren Entscheidungen verlangen ganze Kraft. Und wehe dem, der leichtfertig eine Verantwortung übernahm, ohne sich über die Tragweite seines Tuns klar zu sein.

Reichsaußenminister Curtius bespricht die Young-Gesetze

127. Sitzung, Dienstag, den 11. Februar.

Nachdem Reichstagspräsident L. B. des verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Levi gedacht hatte, gab er bei der ersten Beratung der Gesetzentwürfe zum Neuen Plan dem Reichsaußenminister Dr. Curtius das Wort. Letzterer bat den

Reichstag, die Gesetzentwürfe dem Auswärtigen und dem Haushaltsauschuß zu überweisen. Er werde die Gründe darlegen, warum die Reichsregierung die Annahme der Gesetze für notwendig halte.

Der Minister verwies dann auf die Regierungserklärung vom 3. Juli 1928. Sie habe an die Spitze ihres Programms die Befreiung der noch besetzten Gebiete, befriedigende Regelung der Saarfrage und endgültige Regelung der Reparationsfrage gesetzt. Nach anderthalbjährigem Ringen sei der feste Räumungstermin vom 30. Juni erreicht und ein neuer Reparationsplan, der eine Lastenerleichterung und Verbesserungen der politischen und finanziellen Lage bringe, Verhandlungen über die Saarfrage seien mit Frankreich im August 1929 vereinbart worden. Es wäre erwünscht gewesen, auch diese Frage mit den anderen gemeinsam zur endgültigen Erledigung zu bringen.

Der Beginn der Verhandlungen habe sich aber durch die Neubildung der französischen Regierung bis Ende November verzögert. Selbstverständlich erstrebe Deutschland die baldige restlose Rückgliederung des Saargebietes.

Dann folgte ein Rückblick auf den Ablauf der Verhandlungen. Die Regierung habe den Anspruch auf Räumung bei den Vertretern der Besatzungsmächte förmlich anhängig gemacht. Dazu sei die dringende Forderung nach einer Abänderung des Dawes-Planes gekommen. So sei der Sachverständigenauschuß einberufen worden, um

Vorschläge für eine endgültige Lösung der Reparationsfrage

auszuarbeiten. Für Deutschland hätten Gefahren darin gelegen, daß beide Beschlüsse über Räumung und Reparationen parallel liefen. Als sich Tendenzen aber geltend gemacht hätten, zuerst über den Young-Plan und erst nach seiner Annahme über Räumungsverhandlungen zu sprechen, habe die deutsche Regierung die Gleichzeitigkeit der Verhandlungen durchgesetzt. Oft wurde der Minister von Zurufen der Oppositionsparteien unterbrochen. Der Minister behauptete, daß wir Vereinbarungen getroffen hätten, durch die das sogenannte Sanktionsystem des Versailler Vertrages beseitigt würde. Die Haager Vereinbarungen hätten den Zweck, die früheren Vereinbarungen über die Reparationen zu ersetzen. Dr. Curtius meinte, die Gläubigerregierungen hätten selbst im äußersten Falle nicht das Recht, auf Grund einseitiger Annahmen und Behauptungen gegen Deutschland vorzugehen. Wenn eine der Hauptgläubigerregierungen behauptete, daß Deutschland den neuen Plan zerissen habe, müsse sie die höchstinternationale Instanz der Welt anrufen und eine richterliche Entscheidung herbeiführen. Für einen für Deutschland ungünstigen Entscheidung würde die klagende Gläubigerregierungen das Recht der vollen Sandlungsfreiheit wiedergewinnen. Als Ergebnis äußerte sich

das Versailler Sanktionsystem sei einschließlich seines Artikels 430 beizubehalten

und Deutschland wäre künftig in allen Fällen gegen Willkür und Gewalt geschützt.

Es folgten lange Ausführungen über die Reparationsfrage, über die verschiedenen Botschaften der Sachverständigen und über die beiden Haager Konferenzen. Die Sonderverhandlungen über die Preisgabe hätten zum Teil zu guten, zum anderen Teil zu geringen Ergebnissen geführt. Liquidationsüberschüsse seien von einigen Ländern herausgegeben worden.

Dann ging der Minister zu dem mit Polen geschlossenen Abkommen über. Die Haltung der Opposition sei gewiß durch ehrliche patriotische Absichten zu erklären. Aber man habe von unmotivierten Milliardenbeschlüssen an den polnischen

Staat gesprochen. Auch sei von einer vollständigen Wenderung unserer

Politik gegenüber Polen

die Rede gewesen. Als der Minister ausführte: „Ich möchte an der Spitze meiner Ausführungen allen diesen Angaben und Mitteilungen ein kategorisches Dementi entgegenstellen“, rief der Nationalsozialist G. B. S. „Das glauben Sie ja selbst nicht!“ und erhielt dafür einen Ordnungsruf.

Worum handele es bei dem Abkommen mit Polen? Der Young-Plan enthalte eine Empfehlung der Sachverständigen der Gläubigerländer, daß Deutschland auf seine mit den früheren Vorgängen zusammenhängenden Ansprüche gegenüber den Gläubigerländern verzichten müsse. Deshalb hätte die Regierung versucht, das ganze deutsch-polnische Fordeverhältnis aus den allgemeinen Verhandlungen mit den Gläubigern herauszunehmen, um so Gegenleistungen auf anderen Gebieten zu erzielen. Der Minister meinte, wir hätten wertvolle nationalpolitische Vorteile eingetauscht. Man habe unseren Verzicht übermäßig genannt. Gewiß hätten wir eine finanzielle Belastung übernommen. Sie halte sich aber im Rahmen des Tragbaren.

Später kam der Minister auf die zweite Haager Konferenz zu sprechen. Es sei gelungen, Deutschland vor weiteren Belastungen zu bewahren. Die Reichsregierung sei sich der Schwere der übernommenen Last wohl bewußt. Für ihre Entscheidung sei allein maßgebend gewesen, ob man Besseres erreichen konnte und ob das Erreichte einen Fortschritt bedeute. Werde diese Frage bejaht, müsse sie sich mit dem festen Entschluß verbinden, mit allen Kräften in ehrlichster Bemühung die Zahlungsverpflichtungen zu erfüllen.

Die Kapitalkschuld nach dem Young-Plan betrage 34,5 Milliarden.

Die durchschnittliche Jahreslast gegenüber dem Dawes-Plan sei um fast 500 Millionen niedriger. Nach dem Young-Plan sei Deutschland für die Devisenaufbringung selbst verantwortlich. Es erhalte bessere Garantien für die Aufrechterhaltung der Währung. Alle Pfänderkontrollen und ausländischen Verwaltungsstellen würden fortfallen. Deutschland trete in eine völlig veränderte politische Lage ein. Es werde von fremder Besatzung frei und auch befreit sein von der Willkür des Versailler Sanktionsystems. Der Minister schloß, er erwarte die Annahme der Verträge durch den Reichstag.

Ein deutschnationaler Antrag, den Beginn der Ausprache auf Mittwoch wegen der sehr späten Verteilung der Drucksachen zu vertragen, wurde abgelehnt.

Die Debatte wurde durch Dr. Breitscheid eröffnet,

der erklärte, daß es in den letzten zehn Jahren vorwärts gegangen sei. Die einzelnen Fortschritte seien geschmäht und beschimpft worden. Wenn sachliche Argumente gefehlt hätten, habe die Lüge eingesezt. Eine Politik des Ausgleichs und der Verständigung verlange großen Heroismus. Das Ziel sei allerdings noch nicht erreicht worden. Die Sozialdemokratie habe nie die Ehre von der Alleinschuld Deutschlands anerkannt. Sie hätte dem Versailler Diktat zugestimmt, da es keinen anderen Weg gegeben habe und die Gefahr des Einmarsches fremder Truppen gedroht hätte. Dadurch würde Deutschland und die deutsche Republik zerrissen worden sein.

Die Sozialdemokratie habe auch die späteren Regelungen nur angenommen, weil sie gemeint habe, daß die Erfüllungsbereitschaft die Einsicht wachsen lassen würde. Das Dawesabkommen sei ein Fortschritt gegenüber dem Londoner Ultimatum und man könne auch die Fortschritte des Young-Planes nicht bestreiten.

Das Wichtigste

Auf der Mozgrube in Michalkowitz wurden vier Bergarbeiter von herabfallenden Gesteinsmassen verschüttet und schwer verletzt. Sie fanden im Knappschaftslazarett Aufnahme. Trotz aller Bemühungen der Feuerwehr wütet das Feuer auf dem Dampfer München weiter.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

— (Der Zweck-Sparverband für Eigenheime e. V.) Sitz nach, hielt am 7. Februar 1930 wiederum einen Vortrag mit Lichtbildern. Herr Gastwirt Siede als Vorsitzender der Ortsgruppe Pulsnitz verlas die über den Verband eingezogenen Auskünfte, welche alle zu Gunsten des Verbandes ausgefallen waren. Nachdem nahm der Referent, Herr Thieme aus Dresden, das Wort zu einem kurzen Vortragsbericht, dem sich der Lichtbilder-Vortrag: „Von der Wohnhöhle zum Wohlfühler und Eigenheim“ anschloß. Die lehrreichen und klaren Lichtbilder neben den sachlichen Ausführungen des Redners zeigten die gesamte Entwicklung der Bautechnik. Die sich anschließende Diskussion zeigte starkes Interesse und so wird auch hier in Pulsnitz der Verband zum Wohle der Bevölkerung arbeiten können. Wer sich für ein Eigenheim oder für die Ablösung hochverzinslicher Hypotheken interessiert, kann sich beim Ortsgruppen-Vorsitzenden, Herrn Siede-Pulsnitz, „Vollung“, kostenlose Auskünfte einholen.

Mittelbach. (Staatsbürger-Abend.) Auch in unserem kleinen Ort haben wir morgen Gelegenheit, Näheres über den Jungdeutschen Kampf für den Neubau von Staat und Wirtschaft zu hören, denn der Marsch der Volksgemeinschaftsbewegung auf das Endziel zum christlich-national-sozialen Volksstaat hat eingeleitet. Ein Besuch des Staatsbürger-Abends dürfte sich darum lohnen, insbesondere auch deshalb, da der Redner, Herr Großmeister Böhm, Großhirsbrunn, durch seine Sachlichkeit bekannt ist.

Dresden. (Der Mißtrauensantrag gegen die Regierung — Landtags-Auflösung in Sicht?) Wie der Telunion-Sachdienste erfährt, haben die Besprechungen über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Dr. Brüning noch zu keiner einheitlichen Haltung der Regierungsparteien geführt. Besonders auffällig wird das Verhalten der Deutschnationalen bezeichnet, die ihre Zustimmung zu diesem Antrag angekündigt haben. Die Haltung der Nationalsozialisten scheint ebenso noch durchaus ungewiß zu sein. Da sich beide Parteien die Frage endlich vorlegen werden, was nach dem Sturz des Kabinetts Brüning werden soll, dürfte in dieser bedeutsamen Angelegenheit allerdings noch nicht das letzte Wort gesprochen sein. Es ist doch immer noch denkbar, daß sich die Deutschnationalen sowie die Nationalsozialisten durch Stimmhaltung aus der für sie allerdings nicht gerade angenehmen Lage ziehen werden. Andererseits kann wohl keine der beiden Parteien Sachen in eine ganz ungewisse Zukunft bringen wollen, deren Entwicklung niemand zu übersehen vermag. Im Landtag herrscht die Ansicht vor, daß im Falle der Annahme des kommunistischen Mißtrauensantrags mit Hilfe der Deutschnationalen schließlich mit einer Landtagsauflösung zu rechnen sein werde. Die Verhandlung über den Mißtrauensantrag steht am 18. Februar auf der Tagesordnung des Landtags.

Dresden. (Der Sächsische Lehrerverein zur Einführung eines Probejahres für die akademisch vorgebildeten Volksschullehrer.) Der Sächsische Lehrerverein schreibt: Nach Berichten der letzten Tage besteht im Rahmen der Sparpolitik die Absicht, akademisch gebildete Volksschullehrer zur Ableistung eines Probejahres im Schuldienst zu verpflichten, um so etwa die Hälfte der gesetzlich festgelegten Bezüge zu sparen. Diese Ersparnis ist nur denkbar, wenn die Volksschullehrer während dieses Jahres bei halber Bezahlung voll im Schuldienst beschäftigt würden, wäre also etwas ganz anderes als der Probebetrieb der höheren Lehrer. Eine Maßnahme dieser Art würde den Angehörigen wirtschaftlich schwacher Kreise den Zugang zum Lehrerberuf erschweren, gerade das aber sollte nach dem Willen von Regierung und Landtag vermieden werden. Wenn auch der Sächsische Lehrerverein bei voller Beschäftigung zu gewähren, ernsthaft von einer Regierungsstelle erwogen wird, so muß er doch schon jetzt seinen ganz entschiedenen Widerspruch hiergegen erheben.

Körschbroda. Klementine von Schuch-Profla 80 Jahre. Am 12. Februar vollendet die ehemalige königlich sächsische Kammerfräulein Frau Geheimrat Klementine von Schuch ihr 80. Lebensjahr. Ein gesegnetes Künstlerleben liegt hinter der trotz ihrer hohen Jahre noch erfreulich rüstigen Jubilarin, ein Künstlerleben, das reich an Erfolgen und Triumpfen war. Ist doch Frau von Schuch die letzte Überlebende einer großen Kunstperiode der Dresdener Oper, nachdem Therese Walfen und Graf Seebach vor kurzem zur letzten Ruhe eingingen.

Leipzig. Der neue Direktor des Schlachthofes. Der bisherige Vorkammler des Städtischen Schlachthofes in Dessau, Dr. Hafemann, wurde zum Direktor des Städtischen Schlachthofes und Viehhofes in Leipzig gewählt.

Leipzig. Ein sächsischer Kommunist wegen Hochverrats vor dem Reichsgericht. Der verantwortliche Schriftleiter des Chemnitz A. P.-D.-Blattes Der Kämpfer, Rudolf Keller, ist am 11. Februar durch den Vierten Strafsenat des Reichsgerichts wegen Vorbereitung eines hochverrätischen Unternehmens zu einem Jahr Festung und zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Keller, der aus Weidau stammt, ist verantwortlich für den Inhalt einer Extra-Ausgabe des Kämpfers, in der u. a. zum Massenstreik aufgefordert wurde. In dieser Aufforderung hauptsächlich wurde der Versuch des Hochverrats erblickt, da die Auffordernden hätten wissen müssen, daß der Massenstreik der Vorläufer zum Bürgerkrieg sei, auf dessen Entfaltung allein es ihnen schließlich

Unter starkem Lärm der Linken betrat dann der Führer der Deutschnationalen Volkspartei, Abgeordneter Dr. Hugenberg,

die Tribüne: „Als ich das letzte Mal“, so erklärte er, „in diesem hohen Hause sprach, hatte seine Mehrheit die Freundlichkeit, mich eine Zeitlang mit der größeren Kraft ihrer Stimmen zu überhören. Ich hatte mir erlaubt, auf die Tatsache hinzuweisen, daß die damalige Politik schließlich zur Besetzung des Ruhrgebietes führen müsse. Dieses Unglück wurde bekanntlich später Wirklichkeit.“

Von Seiten der Sozialdemokraten erklang darauf der Zuruf: „Da hast du schön daran verdient!“ Es setzte nach diesen Worten ein

Sturm im Hause

ein, wie ihn der Plenarsaal des Reichstages selten gehört hat. Dr. Hugenberg rief: „Herr Abgeordneter Landsberg, Sie mühten sich in Ihrem Inneren wegen dieses Zwischenrufes schämen!“ Es wurde gerufen: „Wels war es, der ist ja besoffen.“ Der Nationalist Spöhr wurde aus dem Saale gewiesen.

Dr. Hugenberg wandte sich an den Präsidenten Löbe (Soz.): „Daran tragen Sie Schuld, Herr Präsident! Ich stelle fest, daß hier ungestraft einem Mitgliede des Hauses zugerufen werden kann: Daran haben Sie schönes Geld verdient!“ Präsident Löbe fragte darauf den Abg. Wels, ob er den Zwischenruf gemacht habe. Als er dem Abg. Wels nur einen Ordnungsruf erteilte, verlangte die gesamte Rechte stürmisch die Ausschließung. Die Kommunisten begannen mit einem Pfeifkonzert. Präsident Löbe wies den Abg. Straßer aus dem Saale, der deutschnationale Abgeordnete Göl erhielt einen Ordnungsruf. Die Rechte rief dem Präsidenten zu: „Schamlos ist das!“ Erst allmählich legte sich die Unruhe.

Als Dr. Hugenberg dann drei Tatsachen nebeneinanderstellte und zunächst hervorhob, daß niemand in Deutschland die Erfüllbarkeit des Daves-Planes behauptet, ertönten laute zustimmende Rufe von der rechten Seite des Hauses. Als er sich weiter äußerte, daß auch das Ausland die Unerfüllbarkeit im weitesten Umfange anerkenne, rief Dr. Breitscheid: „Wie war es damals mit dem Daves-Plan?“ Dr. Hugenberg antwortete ihm: „Ich stehe hier nicht, um mich über die mehr oder minder angebrachten Zwischenrufe mit Ihnen in Privatunterhaltung einzulassen, sondern um die Meinung von Millionen von Wahlberechtigten zum Ausdruck zu bringen.“ Zustimmung erklang, als der deutschnationale Parteiführer dann darauf hinwies, daß das Ausland gleichwohl, ermutigt durch den Unterwerfungswillen der Sozialdemokratie, nicht nur unsere Unterschrift verlange, sondern auch die Sanktionsklausel, d. h. unsere Unterwerfung unter den Spruch eines fremden Gerichts und unter die Exekution.

Hugenberg fuhr fort: Nicht nur die Wohlfahrt, die Gesundheit, das eigentliche Wesen des deutschen Volkes, auch seine Freiheit und Einheit ständen auf dem Spiel. Der Young-Plan gäbe den Feinden eine verhängnisvolle Vollmacht, die im Gegensatz zu dem Schlagwort vor der Liquidierung des Krieges stehe. Niemand in Deutschland behauptet ernstlich die Erfüllbarkeit des Daves-Planes. Die Gläubigermächte wollen die Vernichtung Deutschlands. Alles Bodenständige werde in Deutschland seit elf Jahren entwertet. Waffenlos läge Deutschland im Herzen Europas und verstricke sich trotzdem in den Schlingen unerfüllbarer Verträge. Wolle man ein unehrliches Ja abgeben? Deutschland müsse gegen das Schicksal kämpfen und Hoffnung und Vertrauen aufrechterhalten. Die Bestürmten der vorliegenden Verträge wüßten heute im Grunde selbst nicht mehr, was sie vom deutschen Standpunkt aus zugunsten der Verträge sagen sollen. Auch der Reichspräsident habe die Mitverantwortung an diesem Plan feierlich abgelehnt. Statt Steuerentlastung kämen 900 Millionen neue Steuern. Das sei nur ein Anfang.

Deutschland sei schon mitten im Verfall und Kulturbolschewismus. Erschütternd sei die Zerlegung von Staat und Wirtschaft, besonders in der Landwirtschaft. Die äußerste Linke organisiere den benachteiligten Aufstand. Die Sozialdemokratie sympathisiere mit diesem Gedanken. Nicht der Sklave, der sich in seine Ketten verliebt habe, könne sich befreien, sondern nur der Mensch mit dem Willen zur Freiheit und zur Kultur. Die Deutschnationalen würden sich niemals dazu hergeben, mit den Folgen einer falschen Außenpolitik entweder die Lebenshaltung der breiten Masse oder die mit dem Tode ringende deutsche Wirtschaft zu belasten. Ein eheliches Nein werde im Auslande besser verstanden werden als ein unehrliches Ja. In der Saarfrage sei kein Fortschritt festzustellen, und die Verträge mit Polen bedeuten eine schwere Gefährdung des deutschen Ostens. Der völlige Zusammenbruch der sogenannten Verteilungspolitik läge klar zutage. Deutscher Volkswirtschaft und westlicher Bankkapitalismus bedrohen Deutschland. Er richte in letzter Stunde an die Parteien nochmals die Bitte, Bindungen abzulehnen, die furchtbarer und gefährlicher seien als diejenigen von Versailles.

Als sich Dr. Hugenberg äußerte, daß sich bei einer solchen Politik schließlich jeder geringschätzig abwenden würde und alle nur auf den Teil der Beute sehen würden, lachten die Sozialdemokraten. Dr. Hugenberg wandte sich nach links: „Mit Ihrem Lachen, mit allem was Sie tun, um heute in dieser ersten Stunde den Reichstag zu einer Volksversammlung zu kumpeln, fördern Sie nur die Sache, der ich diene. Alle sehen nur auf den Teil der Beute, den Sie von dem zerfallenden Erbe eines einst königlichen Volkes für sich selbst an Gut oder Land in Anspruch nehmen wollen. Ich möchte nicht wie damals vor der Ruhrbesetzung mißverstanden sein: Wir beugen uns nicht unter dieses Schicksal.“

Nach der Rede Dr. Hugenbergs nahm Reichsaussenminister Dr. Curtius

noch einmal das Wort und kam zunächst auf die Ausführungen seines Vordredners über die Besetzung des Ruhrgebietes zurück. Herr Hugenberg habe gemeint, wir ständen vor einer ähnlichen schweren Entscheidung (es ertönt der Ruf: Vor noch schwereren!). Man könne Herrn Hugenberg den Vorwurf machen, daß er als Führer der nationalen Opposition glaube, allein über die Freiheit und Einheit der deutschen Kultur bestimmen zu dürfen. Als auf erneuten Lärm der Minister sagte: „Wir haben genau so das Recht, darüber zu urteilen!“ Lang ihm entgegen: „Wir haben auch das Recht, es zu tun!“ Der Außenminister fuhr fort: Wenn Herr Hugenberg behauptet, daß die hier fallende Entscheidung Unfreiheit oder Vernichtung der deutschen Kultur bedeuten würde, so

nur angenommen sei, mit dem Ziel, die Verfassung zu besetzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Leipzig. Die diebische Wahrfägerin festgenommen. Vor kurzem warnte das Leipziger Kriminalamt vor einer diebischen Wahrfägerin, die beim Anbieten von Bedarfsartikeln den Wohnungsinhabern erzählte, daß sie Krankheiten vertreiben könne, und dabei Diebstähle ausföhre. Durch die Aufmerksamkeit eines Kellners, bei dessen Eltern die Betrügerin ein gleiches

stünde dem die andere Meinung gegenüber, daß das Erreichte ein weiterer Schritt zur Freiheit der deutschen Kultur sei.

Als zum Schluß der Außenminister sagte, Dr. Hugenberg habe mit keinem Wort gesagt, was er eigentlich vorschläge, rief ihm die Rechte zu: „Sie können eben nicht zuhören und können nicht begreifen!“ Herr Hugenberg dürfe sich als letzter darüber beschweren, daß der äußerste Fall der böswilligen Zerföhung des Young-Planes vorgesehen werden mußte. (Rufe rechts: Unerschämtheit! Adolat Frankreich!) Für diesen Fall gewinne die Gegenseite ebenso ihre Handlungsfreiheit wieder wie wir. Die Rechte rief darauf dem Außenminister zu: „Was sagt Sardieu?“ Dr. Curtius antwortete: „Es ist keine Möglichkeit mehr, irgendwie Sanktionen spielen zu lassen.“

Ehe dann der Zentrumsabgeordnete Dr. Brüning

das Wort erhielt, beantragte der Nationalsozialist Graf Reventlow, die Rede des Außenministers öffentlich zu plakatieren, was abgelehnt wurde.

Abg. Brüning wiederholte die Forderungen der Zentrumspar- tei, daß vor der Annahme des Young-Planes alle Vereinbarungen über die Sanierung der Reichsfinanzen zwischen den Regierungsparteien getroffen sein müßten.

Seine Partei werde es nicht zulassen, wenn die vorliegenden Gesetzentwürfe ohne eingehende Beratung durchgeführt würden. Dem Daves-Plan habe man freudiger zustimmen können als dem Young-Plan. Damals habe man an eine friedliche Verständigung mit den Gegnern gedacht. Unsere Erwartungen seien schmerzlich enttäuscht worden. Von einem Locarnogeist habe man nichts gespürt. In der Saarfrage habe Frankreich durch seine Haltung nicht den Glauben an seinen Verständigungswillen gestärkt.

Das Zentrum hätte eine Trennung des deutsch-polnischen Abkommens vom Haager Vertrag gewünscht. Deutschland solle große Opfer bringen, um die deutsche Minderheit in Polen zu sichern. Man müsse aber starke Bedenken haben, ob die Zugeständnisse der Polen in bezug auf neue Liquidationen und auf die Anwendung des Wiederkaufsrechts genügend gesichert seien. Das Zentrum könne aber keinem Abkommen seine Zustimmung erteilen, wenn nicht die Ostprobleme überhaupt im Sinne der Gerechtigkeit gelöst würden. Zum Schluß erhob Dr. Brüning heftige Vorwürfe gegen die nationale Opposition und behauptete, daß Dr. Hugenberg die Lage der deutschen Unterhändler in Warschau erschwert hätte. Es sei jetzt der Zeitpunkt gekommen, zu dem die Regierung dem Volke restlose Aufklärung über die Finanzlage geben müsse.

Abg. Thälmann (Komm.)

bezeichnete den Young-Plan als Sklavenvertrag, dem die Kommunisten niemals zustimmen würden.

Die Kommunistische Partei werde das Volk über die Folgen des Young-Planes aufklären. Von Erleichterungen gegenüber dem Daves-Plan sei keine Rede. Die Erwerbslosigkeit werde ungeheurer anwachsen.

Freiherr von Rheinbaben (Dtsch. Volkspartei) erklärte, die Volkspartei erblicke in dem vorliegenden Vertragswert den Abschluß der zweiten Nachkriegsepoche. Oberstes Ziel sei die Wieder- gewinnung der territorialen Souveränität gewesen. Das Ziel sei für den Rhein spätestens 30. Juni 1930 erreicht, für die Saar grundsätzlich in absehbarer Zeit gesichert. Gewiß seien besonders 1927 und 1928 erhebliche Rückschläge eingetreten. Keineswegs aber sei die Unrichtigkeit des außenpolitischen Kurses erwiesen. Die Deutsche Volkspartei teile die bangste Sorge, ob Deutschland die schweren Lasten werde tragen können. Immerhin sei der neue Plan gegenüber dem Davesplan ein Fortschritt und gebe auch die Möglichkeit einer wirklichen späteren Entlösung.

Die Regelung im neuen Plan über Streitfragen in der ent- militarisierten Rheinabzweigung und über den künstlich konstruierten Fall absichtlicher deutscher Vertragszerföhung sei nicht befriedigend. Das sei keine endgültige Liquidation des Welt- krieges. Dennoch biete sie bis auf weiteres einen genügenden Rechtsschutz gegen Wiederholung früherer Drohungen. Die Volkspartei werde einem Verzicht auf die deutschen Ostziele nicht zustimmen. Dem Abgeordneten Dr. Hugenberg gegenüber erklärte der Redner, daß man keine deutsche Ostpolitik mit Volksversammlungen machen könne. Die Macht regiere heute in der Welt. Deshalb sei es auch nicht richtig, daß der Redner der Sozialdemokratie so scharf vom Nachgedanken abgerückt sei. Aus der Rede Dr. Brünings habe der Vorwurf geklungen: Warum habt Ihr nicht gewartet, da wir heute billiger und besser zu einer neuen Regelung gekommen wären? Dieser Vorwurf berühre sich eng mit dem Kräftegedanken der Opposition. Die Volkspartei wolle mit ihren Vertragspartnern richtig zusammenarbeiten. Die Partner müßten aber den schönen Worten über den Locarno-Geist Taten folgen lassen.

Dr. Bredt (W.-P.) betonte, die Wirtschaftspartei habe die Ver- ständigungspolitik stets gebilligt, sie werde sich davon auch in Zukunft nicht abbringen lassen.

Die Wirtschaftspartei habe seinerzeit dem Daves-Plan zugestimmt, weil nur dadurch die Währungsicherung gesichert war. Dr. Darnburg habe am Daves-Plan hauptsächlich die Transferklausel gerühmt. Gerade diese solle nun im Young-Plan verlassen werden. Von Steuerentlastungen sei keine Rede mehr. Die Regierung habe noch im Dezember die Finanzlage völlig verkannt. Auch Herr von Rheinbaben habe zugeben müssen, daß kein Politiker für die wirkliche Durchführung des Young-Planes garantieren könne. Um dem Volk den Young-Plan schmackhaft zu machen, habe man gesagt, daß er 700 Millionen Erleichterungen gegenüber dem Daves-Plan bringen werde. Jetzt aber suche man nach neuen Steuern. Die Vinsregierung habe unsere Finanzmisere gebracht. Er schloß sich den Angriffen der Regierungsparteien gegen die Rechte an, als er sich weiter äußerte, der Wunsch der Gegner, die Sanktionen aufrecht zu er- halten, sei gerade durch die Agitation Hugenbergs beim Volks- begehren erzeugt worden. Erfreulich sei es, daß die Angriffe der Sozialdemokratie auf die Unabhängigkeit der Reichsbank abge- wehrt seien. Gegen das Polenabkommen beständen größte Bedenken. Der Auszug gegen Deutschland werde gerade von der englischen Arbeiterregierung unternommen. Dr. Bredt sah den besten Ausweg in einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.

Manöver ausführen wollte, ist es gelungen, die Täterin festzunehmen. Es handelt sich um eine 19 Jahre alte Musikantin Fichta P. aus Harburg. Sie ist geständig und wurde der Staatsanwaltschaft Leipzig zugeführt.

Leipzig. Neun Selbstmordfälle in einem Tag. Vom Montag zum Dienstag haben sich in Leipzig 5 Personen das Leben genommen und vier haben versucht, diese ungelückte Tat zu begehen. Eine 53 Jahre alte Witwe



stürzte sich in der Oberen Münsterstraße in einem Anfall geistiger Unmacht aus dem Fenster ihrer Wohnung; sie wurde tödlich verletzt. — Ein 53 Jahre alter Buchhalter in der Bräustraße hat sich mit Gas vergiftet, weil er zwangsweise aus seiner Wohnung gesetzt werden sollte. — Eine 73 Jahre alte Rentnerin hat durch Einatmen von Leuchtgas Selbstmord begangen. — Ein 20 Jahre altes Mädchen hat sich ebenfalls durch Gas vergiftet. — In der Brochhausstraße wurde ein 19 Jahre alter Arbeiter gasvergiftet aufgefunden; er hatte Selbstmord begangen. In vier weiteren Fällen konnten die Lebensmühen gerettet werden.

42-Stunden-Woche im Buchdruck-Gewerbe gefordert

Östern, Dienstag, begannen in Berlin die Verhandlungen über den Neuabschluss des Manteltarifs für das deutsche Buchdruckergewerbe. Die überaus stark auseinandergehenden Abänderungs-Anträge seitens der Prinzipalsorganisationen und der Gehilfenorganisationen lassen erkennen, daß mit längeren und schwierigen Verhandlungen zu rechnen sein wird. Bemerkenswert unter den zahlreichen Anträgen von Gehilfen sind diejenigen, die Bezug auf die wöchentliche Arbeitszeit nehmen. Der Antrag des Gutenbergs-Bundes (christliche Gewerkschaft deutscher Buchdrucker) lautet auf täglich 8, Sonnabends 5 Stunden, wöchentlich also 45 Stunden.

Der Antrag des Verbandes der deutschen Buchdrucker (freigewerkschaftlich) lautet: „Die Arbeitszeit beträgt täglich 7 1/2 Stunden, an Sonnabenden 4 1/2 Stunden.“ (Wöchentlich also 42 Stunden.) Außerdem sollen durch Änderungen der Altersklassen im Verhältnis zum Mindestlohn die neuangelehnten Gehilfen um ca. 6 Prozent, die Gehilfen über 21 Jahre um ca. 8 Prozent höher entlohnt werden als bisher. Für Ueberstunden sollen die Sätze von 30 Prozent Zuschlag für die 2. Ueberstunde am Tage auf 40 Prozent, für die 3. Ueberstunde von 35 Prozent auf 40 Prozent erhöht werden.

Die bezahlte Urlaubszeit soll von 10 (in Großstädten 12) Tagen auf 18 Tage erhöht werden; dabei sollen auch die außerhalb des Betriebs verbrachten Jahre mit angerechnet werden. Wenn man bedenkt, daß der Buchdrucker-Verdienst seit 1924 von 25.— RM auf 51.50 RM, für Maschinenleger von 28.75 auf 61.80 Reichsmark, also um 107 bzw. 117 Prozent gesteigert worden ist, und daß zu diesen tariflichen Einnahmen noch wesentliche außertarifliche Zulagen gezahlt werden, so würden die vorstehend wiedererwähnten Anträge, auch bei nur teilweiser Annahme, eine derartig ungeheure Wertenerhöhung der Herstellungskosten im Buchdruckergewerbe bedeuten, daß eine Arbeitslosigkeitswelle von ungeheurer Größe über das deutsche Buchdruckergewerbe hereinbrechen müßte.

Aus diesem Grunde und anderen aus der Entwicklung der letzten Jahre herrührenden Gründen dürften im Gegensatz zu der bisher immer friedlichen Entwicklung der Tarifverhandlungen im Buchdruckergewerbe die jetzt beginnenden Verhandlungen im Reich sehr erbitterter Meinungskämpfe sehen, aus deren Ausgang man gespannt sein darf. Das deutsche Buchdruckergewerbe steht auf jeden Fall in den nächsten Wochen vor folgenschweren Entscheidungen!

Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA.)

In der am vergangenen Freitag im „Gasthof zum Herrnhaus“ stattgefundenen Monatsversammlung sprach nach Erledigung der Tagesordnung Kollege A. Dlesak der Gausgeschäftsstelle Leipzig über das Thema: „Lehnt und Wertschätzt der amerikanische Fordbetrieb.“ Anhand zahlreicher Lichtbilder konnte man einen interessanten Einblick in dieses Riesenunternehmen gewinnen. Ausgehend davon, daß in der amerikanischen Serienproduktion im allgemeinen das laufende Band das Kennzeichen der höchsten Arbeitsnutzung ist, gab der Redner zunächst ein Bild der Entwicklung der Ford'schen Betriebe, um dann interessante Einzelheiten der Produktion am laufenden Band und dessen verschiedene denartigsten Konstruktions zu geben. Maschinelle Ausführung des Betriebsraumes und der Werkzeugmaschinen ließen die Betriebsaufnahmen deutlich erkennen. Größte technische Vereinfachung und Unterteilung der einzelnen Arbeitsgänge bilden einen wesentlichen Faktor in der Durchführung der Massenproduktion. Die Grundprinzipien der Ford'schen Produktionsmethoden konnte der Vortragende an Hand zahlreicher Aufnahmen aus den Ford'schen Werken vor Augen führen. So konnte man die wichtigsten Phasen aus der Produktion des Autos und des Traktors, vom Rohstoff bis zur Fertigmontage verfolgen, wobei die Fabrikationszeit von der Materialbeschaffung bis zur Ablieferung des Wagens 14 Tage beträgt. Zum Schluß behandelte der Redner die Frage der Anwendungsmöglichkeiten des Ford'schen Systems in der deutschen Wirtschaft, wobei er feststellen konnte, daß die Voraussetzungen für dieses System in Deutschland noch nicht vorhanden seien. Der hochinteressante Vortrag, der großes Interesse gefunden hatte, wurde von der zahlreichsten Zuhörerschaft mit reichem Beifall quittiert. Im weiteren Verlaufe der Veranstaltung wurde noch über den am letzten Sonntag stattgefundenen Berufsweihetagsbericht berichtet. Am Schluß der Versammlung hatte noch der Vorsitzende Kollege Schöne eine angenehme Pflicht zu erfüllen, indem er vier Kollegen im Auftrage der Bundesleitung in Berlin je eine Ehrenurkunde und Ehrenurkunde für 25 jährige Mitgliedschaft zu überreichen hatte. Kollege Dlesak überbrachte der Jubilaren die besten Wünsche der Landesverwaltung in Leipzig. Die sehr gut besuchte Veranstaltung fand in einem gemüthlichen Beisammensein ihren Abschluß.

Das neue Brotgesetz

Berlin, 12. Februar. Nachdem der Entwurf des Reichsernährungsministers über das neue Brotgesetz vom Reichsminister verabschiedet worden ist, ist dieser Entwurf nunmehr dem Reichsrat zur weiteren Beschlussfassung zugegangen. Wie der demokratische Zeitungsbericht erzählt, bestimmt der Entwurf in seinen entscheidenden Abschnitten, daß unter der Bezeichnung „Roggenbrot“ gewerbsmäßig nur Brot verkauft werden darf, das mindestens zu 95% aus Roggen hergestellt ist. Unter der Bezeichnung „Weizenbrot“ darf nur Brot verkauft werden, das mindestens zu 95% aus Weizen hergestellt ist. Brot, das einer Mischung hergestellt ist, darf nur unter der ausdrücklichen Bezeichnung „Mischbrot“ verkauft werden. Hierbei ist Brot, das überwiegend aus Roggen hergestellt ist, als „Roggenmischbrot“ zu bezeichnen. In der Begründung wird auf die Roggenlage hingewiesen. Es heißt u. a. darin, daß die Preissenkung, die der Roggen im laufenden Getreidewirtschaftsjahr genommen hat, so verhängnisvoll geworden ist, daß unter allen Umständen Besserungsmaßnahmen getroffen werden müssen, wenn die roggenbauende Landwirtschaft nicht zugrunde gehen soll.

Das Reich verkauft die Reichsbahn-Vorzugsaktien.

Vor der Reichstagsdebatte am Dienstag hatte der Reichsfinanzminister Dr. Moldenauer eine Aussprache mit den Etats- und Steuersachverständigen der Regierungsparteien über den Etat für 1930. In dieser Aussprache haben alle Parteien den Plan des Reichsfinanzministers, für die Arbeitslosenversicherung Kredite von der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung zu nehmen, abgelehnt. Sie haben sich vor allem gegen den Gedanken gewandt, daß die Versicherungen untereinander eine „Gefahrengemeinschaft“ abschließen sollen. Dagegen scheint man jetzt den Plan zu erörtern, die im Besitze des Reiches befindlichen Vorzugsaktien der Reichsbahn zu veräußern und die Mittel der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung zu stellen, oder wenn man damit nicht durchkommt, die Vorzugsaktien den Versicherungsanstalten, die der Arbeitslosenversicherung Kredite geben sollen, als Sicherheit zu übermitteln.

Bundeskanzler Schober über seine Rom-Reise.

Wien, Bundeskanzler Schober hielt auf einer Veranstaltung eine Ansprache, in der er feststellte, daß Österreich im Haag einen vollen Erfolg erzielt habe, wogegen ein Teil der Presse an den Ergebnissen nörgele. Dann fuhr er fort: „Auch die Reise nach Rom gab den Gegnern und Kritikern Anlaß zu Fläschungen der Wahrheit und war wieder ein Anlaß zu gnostischem Pessimismus.“

Es wurden zur Beunruhigung unserer öffentlichen Meinung und der auswärtigen Staaten falsche Nachrichten verbreitet in der offenkundigen Absicht, unsere in der tausendjährigen Geschichte unseres Volkes begründete

Blutsbrüderschaft mit Deutschland

und das kaum angebahnte Verhältnis zu Italien zu stören. Aber wir werden dafür sorgen, daß die Verfälscher dieser Nachrichten nicht auf ihre Rechnung kommen. Wer mich kennt, der weiß, daß ich der Würde unseres Landes nichts vergeben, und an meiner Liebe zu Deutschland lasse ich von niemand rütteln.“

Einstellung der Liquidierung des österreichischen Eigentums durch Italien

Wien, 11. Februar. Die italienische Regierung hat die Einstellung der Liquidierung des österreichischen Eigentums verfügt. Nach dem Haager Übereinkommen hätte die Liquidierung des österreichischen Eigentums mit der Ratifizierung des Übereinkommens außer Kraft treten sollen, doch hat die italienische Regierung einem Wunsch der österreichischen Regierung entsprechend die sofortige Einstellung der Liquidierung angeordnet.

Beteiligt sich Amerika nicht an der Reparationsbank?

Washington. Gegen die amerikanische Beteiligung an der Internationalen Reparationsbank ist die erste parlamentarische Attacke erfolgt. Der Vorsitzende des Bank- und Währungsausschusses des Abgeordnetenhauses, Louis R. G. Gadden, erklärte in einer Rede, die Internationale Bank sei nur ein Mittel zu dem Zwecke, die Vereinigten Staaten in den Weltfriedensgerichtshof und den Völkerverbund hineinzuziehen. Man müsse sich ernstlich fragen, ob die Federal Reserve Bank von New York nicht gegen die Außenpolitik der Vereinigten Staaten handele, als sie sich bereit erklärt, zwei Drittel des Goldkredites für die 300-Millionen-Dollaranleihe, über die England mit dem Hause J. P. Morgan verhandelt, aufzubringen. Im Grunde genommen führe die amerikanische Beteiligung an der Internationalen Reparationsbank nur zu Verwicklungen in europäische Angelegenheiten, die Amerika nichts angingen.

Deutsche Patentinhaber werden von Amerika entschädigt.

Washington. Einer Äußerung des Abgeordneten Hawley (Oregon), Vorsitzenden des Hauptausschusses des Repräsentantenhauses, ist zu entnehmen, daß der Ausschuss der Vorlage zustimmen wird, durch welche die ehemaligen Inhaber von deutschen Patenten, die während des Krieges beschlagnahmt und vom Treuhänder an die Chemical Foundation verkauft wurden, eine Entschädigung von 2.500.000 Dollar erhalten.

England beantragt Abschaffung der U-Boote.

London. Zu Beginn der Vollziehung der Londoner Flottenkonferenz vom Dienstag gab Ministerpräsident Mac Donald als Vorsitzender bekannt, daß der Erste Ausschuss seine Arbeiten nahezu abgeschlossen habe. Einige technische Fragen würden einem Unterausschuss technischer Sachverständiger überwiesen, der seine Arbeiten inzwischen beendet hat. In der Vollziehung sprach Johann als erster der Erste Lord der britischen Admiralität, Alexander, der mit sehr starkem Nachdruck für eine völlige Abschaffung der U-Boote eintrat. Er begründete diese Auffassung ausführlich.

Alexander wies darauf hin, daß seit 1918 im ganzen 570 Mann Besatzung ums Leben kamen. Den Wunsch Großbritanniens auf Abschaffung der U-Boote fasste der Erste Lord der britischen Admiralität, Alexander, in fünf Punkte zusammen: 1. Im allgemeinen Interesse der Menschlichkeit, 2. im Hinblick darauf, daß diese Schiffe in erster Linie offensiven Charakter haben, 3. ihre Abschaffung, einen sehr wesentlichen Beitrag zur Abrüstung und zum Frieden bedeuten würde, 4. bedeutende finanzielle Erleichterungen erzielt würden, 5. die bisher übermäßigen Risiken mit deren Abschaffung beseitigt würden.

Staatssekretär Stimson begründete die amerikanische These für die Abschaffung der U-Boote vertraglich mit dem Kellogg-Pakt, sachlich in der Notwendigkeit der Verminderung der Offensiv-Rüstungen und der Beseitigung der fürchterlichen Waffe, die die U-Boote in der Vergangenheit dargestellt haben. Ueber den Standpunkt Frankreichs legte Lengues dar, die vollkommene Abschaffung aller Kriegsschiffe könnte den ständigen Fortschritten der technischen Entwicklung ein Ende machen. Wenn behauptet werde, daß das

U-Boot nur gegen Handelsschiffe verwendet werden könnte, so habe die

Geschichte des Krieges das Gegenteil bewiesen. Das U-Boot stelle nach französischer Auffassung ein Kriegsschiff wie jedes andere dar und habe einen ausgesprochenen defensiven Charakter, weshalb es gerade für kleinere Mächte unentbehrlich sei. Frankreich sei bereit, einem internationalen Abkommen beizutreten, das die Verwendung der U-Boote regelt. Zu diesem Zweck unterbreitete die französische Abordnung folgende Entscheidung: Frankreich schlägt die Einsetzung eines Ausschusses vor, der ein Abkommen auszuarbeiten soll, durch das ein Angriff von U-Booten auf Handelsschiffe verboten wird, es sei denn in genauer Übereinstimmung mit den Regeln, die von den Ueberwasserschiffen entweder in der Gegenwart oder der Zukunft zu befolgen seien. Der Beitritt aller Flottenmächte zu diesem Abkommen ist vorgesehen.

Arbeitslosen-Unruhen in Cleveland

New York, 12. Februar. 1500 Arbeitslose stürmten am Dienstag das Rathaus in Cleveland im Staate Ohio. Nachdem die gesamte Polizeimacht der Stadt eingesetzt war, konnte der Aufruhr niedergeschlagen werden. Bei dem Zusammenstoß gab es zahlreiche Verletzte.

Zwei neue Riesendampfer der United States Lines

London, 11. Februar. Die United States Lines haben nach New Yorker Meldungen nunmehr die Pläne für den Bau von zwei Riesenerleberdampfern für den Atlantikdienst fertiggestellt. Die Schiffe sollen je 120 Mill. Mk. kosten und 2000 Personen aufnehmen können. Ihre Geschwindigkeit ist mit 28 1/2 Knoten angelegt. Die Größe wird 50 000 t übersteigen. Mit diesen beiden Schiffen soll der Versuch gemacht werden, für Amerika das blaue Band des Atlantiks zu erobern.

Ursachen deutscher Arbeitslosigkeit

Hierzu schreibt die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt, Leipzig, in ihrem letzten Wochenbericht vom 8. Februar:

Ohne Frage kommt dem Problem der Arbeitslosigkeit eine gewisse internationale Bedeutung zu, in der Hauptsache, weil die hinsichtlich des Lohnaufwandes billigere Konkurrenz früherer Bezugsländer überall in den Industriegebieten von ehedem die Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen zwecks Herabsetzung der personellen Kosten fördert. Die Sonderstellung Deutschlands kommt jedoch darin zum Ausdruck, daß die Wertverluste und Kosten einer großen Arbeitslosigkeit mit einer an sich schon vorhandenen Kapitalarmut zusammenfallen, was ein Durchhalten der Produktion auf Kosten der Rentabilität im allgemeinen von vornherein ausschließt. Daher müssen bei Betrachtung dieser Dinge viel mehr, als es tatsächlich geschieht, die Gründe für die besondere Propagierung des Rationalisierungsgebahrens in Deutschland beachtet werden. Denn zweifellos liegt eine Hauptursache für die Schwächung der Verwendungsmöglichkeiten menschlicher Arbeitskraft in dem Festhalten der Gewerkschaftsorganisation an einer Lohnpolitik, die ohne ein sinngemäßes Eingehen auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage fast ausschließlich die sozialpolitische Seite in den Vordergrund stellt. Dies wird schon dadurch charakterisiert, daß nach amtlichen Aufstellungen in dem Jahreszeitraum 1928/29 eine Tariflohnsteigerung von annähernd 5% für gelernte und sogar von rund 7% für ungelernete Arbeiter eintrat, obwohl sich die Konjunktur auf absteigender Linie bewegte. Das Ungebührliche der Situation zeigt sich überdies bei der Notwendigkeit, in der deutschen Landwirtschaft auf die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte zurückzugreifen, deren Ziffer durchschnittlich mit 150 000 bis 200 000 kaum zu hoch gegriffen sein dürfte. Denn die Schwierigkeiten einer Ueberführung von beschäftigungslosen Industriearbeitern in landwirtschaftliche Bezirke lassen sich kaum mit den Hinweisen auf die Bescheidenheit der Lebensbedingungen allein erklären. Abgesehen davon, daß der Zwang zur Innehaltung wirtschaftlich nicht tragbarer Lohnsätze auf diese Weise entweder zu einer Beschränkung des Bedarfes an Arbeitskräften überhaupt oder zu dem Versuch einer Veranziehung billigerer Ausländer führt, wird hierdurch ganz allgemein die inner- und außerdeutsche Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Produkte gegenüber dem preiswerteren Wettbewerb der landesfremden Industrien erschwert.

Das Märchen von der Tabakvernichtung

Im Jahre 1924 ist in Köln ein größerer Posten feingeschnittener Rauchtabak Zollamtlich beschlagnahmt worden, der unter Hintertreibung der darauf ruhenden Abgaben eingeführt war. Die Höhe dieser Abgaben machte eine Verwertung im Inlande unmöglich. Auf Antrag der Eigentümer wurde ihnen daher die Ware im Jahre 1925 zur Wiederausfuhr freigegeben. Ein größerer Teil wurde daraufhin nach Holland ausgeführt, erwies sich aber dort als nicht verwertbar und wurde dort vernichtet. Für den in Köln verbliebenen Rest der Waren ergab sich trotz jahrelangem Versuchen keine Möglichkeit der Wiederausfuhr. Die Eigentümer stellten darauf den Antrag, ihnen die Ware auch für den Inlandsverkehr freizugeben. Dies war im vollen Umfange nicht möglich, da es sich um so erhebliche Mengen handelte, daß dadurch die inländische Tabakwirtschaft einen nicht unbedeutenden Schaden erlitten haben würde, einen Schaden, der gerade durch die Zollbelastung verhindert werden soll. Es konnte daher nur ein Teil für das Inland freigegeben werden, der z. B. entsprechend der Aufnahmefähigkeit des Marktes in den freien Verkehr gesetzt wird. Der Rest ist größtenteils minderwertig und geschunungsunbrauchbar. Aus vorstehenden Gründen ließ sich auch eine Abgabe an Wohlfühlkassen nicht erwirken, während sonst derartige Anträge in der Regel genehmigt werden.

Es blieb für die Eigentümer daher nur die Vernichtung der Tabake übrig. Diese ist von ihnen, also nicht von der Zollverwaltung, zunächst in der Müllverwertungsanstalt in Köln und als sich dort Schwierigkeiten herausstellten, im Freien an weitabgelegener Stelle vorgenommen. Sie ging ohne jede Störung vor sich; nur zum Schluß haben einige Leute versucht, einige Pöckeln mitzunehmen.

Sonne und Mond.

13. Februar: S.-M. 7.24, S.-M. 17.06. M.-M. 17.11, M.-M. 7.54

Voraussichtliche Witterung Landeswetterwarte Dresden

(Nachdruck verboten)

Bedeckt bis wolzig, zeitweilig etwas Niederschlag möglich. Flachland Temperaturen vorwiegend über Null Grad, nachts örtlich geringere Frost oder nur Bodenfrost, Gebirge schwacher Frost vorherrschend. Flachland schwache bis mäßige, Gebirge mäßige bis träge Winde leicht aus westlicher Richtung.

Olympia-Theater

Donnerstag, Freitag 8 Uhr

Der fescbe Husar.

(Oberleutnant Noszty)

Ein Film von Liebe und Husaren
von hübschen Mädchen und Zigeunerliedern
In den Hauptrollen:
Ivor Novello, Evelyn Holt

Der brennende Cowboy

Lustspiel

Gasth. Goldne Aehre, Friedersdorf

Sonnabend und Sonntag, 15. u. 16./2.

großes Schlacht-Fest

mit

Bockbier-Anstich!

Sonnabend, von nachm. 4 Uhr an Wellfleisch und Grützwurst, abends Schweinsknochen mit Sauerkraut. Sonntag alle Schlacht-Spezialitäten in bekannter Güte

Sonntag, von abends 7 Uhr ab im Saale **großer Tanzdielenbetrieb!**

Um freundlichen Zuspruch bitten **Paul Schmidt u. Frau**

Jungdeutsch. Orden

Zu dem am Donnerstag, den 13. Febr. abends 8 Uhr im Gasthof Mittelbach stattfindenden

Staatsbürger-Abend

spricht Großmeister Böhme-Großbrühdorf

Wir laden auch hierdurch herzlich ein

Gefolgschaft Lichtenberg-Mittelbach

Empfehle einen großen Posten

Emaillé, Porzellan und Steingut

sowie **Geschenk-Artikel**

— zu spottbilligen Preisen —

Max Greubig

„Weiße Ente“, Ohorn

Nächsten Sonnabend, d. 15. und Sonntag, d. 16. Februar

Schlacht-Fest

Mit Schlachtschüsseln und Bratwarst wird best. aufgewart.

Hierzu laden freundl. ein

Anton Birnstein und Frau

Musikalische Unterhaltung!!

Gutmöbl. Zimmer mit 1 oder 2 Betten zu vermiet.

Ein guterh. Kinderwagen (Brennabor) zu verkauf. — Zu erfrag. i. d. Tagebl.-Geschäftsst.

Ergrautes Haar

erhält seine ursprüngliche frische Farbe dauernd zurück mit Jugendhaar. Färbt absolut echt blond, braun, schwarz.

Central-Drogerie Jentsch

Briefbogen

Briefumschläge

fertigen

E. L. Försters Erben

immer wieder entläßt, die immer den Männern, die auf der Bühne eine schwere Pflicht tun, entgegenschlägt. Es geschieht genug des Erregenden. Viele Tausende von fleißigen, sparsamen Einlegern, deren kleines Guthaben ihr Traum von wirtschaftlicher Unabhängigkeit, der Sinn ihrer fargen Existenz gewesen sind, sind aufs schändeste um ihre ersparten Groschen betrogen worden. Der Vertrauensmann Michel teilte dann mit, daß es in letzter Stunde gelungen sei, mit der Jakob-Michael-Gruppe ein verhältnismäßig günstiges Abkommen zu treffen, wonach Michael für die übernommenen Aktien der Bekleidungs-V.-G. einen Kaufpreis von 1,8 Millionen Mark in 2½ Jahren zahlt, anstatt, wie Michael im Vertrage vorgesehen hatte, 10 000 Mark monatlich zinsfrei in 35 Jahren auszuzahlen.

Zu dieser Vertragsänderung habe sich die Michael-Gruppe nur unter dem Druck wirtschaftlicher Erwägungen bequemt.

Man hätte sonst alle Beamtenorganisationen öffentlich vor dem Einkauf bei den Michael-Bekleidungs-gesellschaften gewarnt.

Im ganzen seien 8589 Gläubiger mit 7 493 000 Mark und 6394 Genossenschaftler mit 3 279 000 Mark vorhanden. Letztere seien die Kreise, die nach der Säzung die Nachzahlung zu leisten haben. Die Kosten des Zwangsvergleichs würden günstigstenfalls mit 200 000 Mark berechnet. Ein Konkurs dürfte über eine Million kosten. Wie Rechtsanwalt Wolf mitteilt, ist es bisher gelungen, gegen Josef Weber einen Arrest in Höhe von 300 000 Mark zu erwirken und bei ihm Vermögenswerte für etwa 400 000 Mark zu beschlagahmen.

Aus aller Welt.

20 Grad unter Null in Südbayern und den Pyrenäen.

München. Südbayern ist zur Zeit der kälteste Teil ganz Europas. München hatte Dienstag morgen eine Temperatur von 20,2 Grad unter Null. Auch Bad Reichenhall erreichte 20 Grad minus. In den höher gelegenen Gebirgsorten stieg die Temperatur dann wieder an. Die Zugspitze selbst meldete vom Gipfel nur 6 Grad unter Null. Die Temperaturumkehr, die den tiefer gelegenen Orten im Gegensatz zu den Bergstationen diese außerordentliche Kälte gebracht hat, wird nach den Berichten der Wetterstelle bis Ende der Woche wohl anhalten.

Starkes Schneetreiben in Südfrankreich.

Paris. In Südfrankreich sind die tagelangen Regenschauer durch starke Schneetreiben abgelöst worden. In Perpignan wütete in der Montagnacht ein schweres Gewitter, das von Blitz und Donnererschlägen begleitet war. Große Gebiete sind von Schnee bedeckt, und starke Stürme haben zahllose Telegraphenstangen umgeworfen. Auch in Avignon ist der erste Schnee gefallen. Aus den Pyrenäen werden fürchterbare Gewitter und Schneefälle und eine Temperatur von 20 Grad unter Null gemeldet.

Mordanklage acht Jahre nach der Tat.

Der Prozeß gegen den Seemann Argessen.

Lüneburg. Dienstag begann hier unter starkem Andrang des Publikums der Prozeß gegen den 1899 in Flensburg geborenen Arbeiter und Seemann Argessen. Ihm wird zur Last gelegt, am 2. November 1922 in Buenos Aires zwei argentinische Händler mit ermordet und beraubt zu haben. Der Angeklagte gab eine Darstellung seiner Jugendzeit und seiner Erlebnisse. 1922 sei er zur See und mit dem Dampfer „Olivia“ als Kohlentrimmer nach Argentinien gekommen. In Rosario habe er einen Landsmann Koch, in Buenos Aires einen solchen namens Braich kennengelernt. Braich habe auf ihn einen fast hypnotischen Einfluß ausgeübt. Alle drei hätten beschlossen, zu schmuggeln. Mehrere Male seien sie in dem Geschäft Raines & Laermann in Buenos Aires gewesen. Eines Abends seien sie wieder dorthin gegangen und hätten sich mit den beiden Inhabern über den Abgang geschmuggelter Wäsche unterhalten. Er, Argessen, sei abseits vom Laden stehen geblieben. Raines habe im Hintergrunde des dunklen Ladens gestanden. Raines sei dann von Braich plötzlich mit einem Hammer auf den Kopf geschlagen worden und lautlos zusammengesunken. Laermann sei gleichfalls niedergeschlagen worden. Koch sei gleich nach der Tat geflohen, und er, Argessen, habe vor Schreck den Laden nicht verlassen können. Von dem gewalttätigen Plan des Braich will Argessen keine Ahnung gehabt haben.

Der deutsche Dampfer „München“ verbrannt.

New York. Der Dampfer „München“ des Norddeutschen Lloyd ist am Pier des New-Yorker Hafens in Brand geraten und gesunken. Verluste an Menschenleben sind nicht zu bezagen. Die „München“ sollte am Donnerstag ihre Rückreise nach Bremen antreten.

Die „München“ ist erst am Dienstag vormittag in New York eingetroffen und hatte am Pier festgemacht. Bald hatten die 206 Passagiere der „München“ begonnen, das Schiff zu verlassen, als zwei Stunden nach der Ankunft am Hafensplatz dicke Rauchschwaden aus dem Schiff hervorbrachen. Gleich darauf gellten die Alarmsignale „Feuer“ durch das Schiff. Mit großer Anstrengung sorgte die Schiffsleitung in erster Linie für die sichere Ausschiffung der Passagiere. Den Maßnahmen der Offiziere ist es auch gelungen, eine Panik zu verhüten und sämtliche 206 Passagiere sicher an Land zu bringen. Das Feuer ist aus bisher unaufgeklärter Ursache im Schiffsraum ausgebrochen. Der Kapitän der „München“ ließ sofort mit sämtlichen an Bord vorhandenen Feuerlöschapparaten vorgehen, doch erwiesen sich die Feuerlöschkommandos der Matrosen bald als vollkommen machtlos. Das Feuer hatte sich mit großer Schnelligkeit bereits im Schiffsraum ausgebreitet.

Kopenhagen. Der große deutsche Dampfer „Günther“ aus Hamburg ist im dichten Nebel auf der Reise nach Naestov im Fjord von Naestov gesunket. Dänische Bergungsdampfer versuchten bisher vergeblich den Dampfer wieder flott zu bringen. Das Schiff steht sehr hart auf Grund.

Wovon man spricht.

Rätselfahter Mord. — Der Preis der internationalen Beklehtheit. — Versicherung gegen politischen Mord. — Ein neues Augenglas.

Kino und Roman verlassen der Wirklichkeit gegenüber — das ist eine alte Erfahrungstatsache, die sich immer wieder aufs neue bestätigt. Mord; bezahltes und widerwärtiges Mordgeschändnis; aufsehenerregender Selbstmord der Mutter eines der vermeintlichen Mörder, die durch die von ihr verursachte Gasexplosion die Familie des anderen vermeintlichen Mörders ums Leben bringen wollte; geheimnisvolle Aussagen der ehemaligen Braut des einen angeblichen Mörders, die ebenso geheimnisvoll verschwindet, wie sie aufgetaucht war; unaufgeklärte Rolle des Gatten der Ermordeten, der gleichfalls als Täter in Frage kommt und gegen den sich bisher in allererster Linie der Verdacht der Untersuchungsbehörde richtet; Expressionsversuch am Sohne der Ermordeten, der alle Hebel in Bewegung setzt, um seinen verhafteten Vater zu befreien und das Andenken seiner Mutter rein zu erhalten; der gewübteste Kriminalroman wäre wohl kaum imstande, all das in nächstlanger Arbeit vor seinem Schreiftische in so unerschöpft spannender Weise zusammenzufügen, wie dies die Wirklichkeit im Falle Meußbüßers getan hat. Der kunstvolle Knoten, der vom unbekanntem Täter und die Hände der ermordeten Frau Meußbüßers geknüpft war, ist wie ein Sinnbild all der verknöteten und verschlungenen Fäden, die sich um die in den Mord verwickelten Personen schlingen und sie in ein rätselfahtes gegenseitiges Verhältnis zueinander bringen. Je weiter man von der Tat und dem Täter entfernt ist, desto durchsichtiger und klarer erscheinen manchem überfertigen Kritiker alle diese verworrenen Verhältnisse. Wo die berufenen Behörden sich in angestrengter Gedankenarbeit das Hirn zermartern, um hinter die rätselfahten Zusammenhänge zu kommen, glauben manche blutigen Dilettanten bereits den Zeigefinger mit der triumphierenden Gebärde „Ich hab's!“ an die Stirn legen zu können. Gerade bei solchen verwinkelten Kriminalfällen ereignet es sich immer wieder, daß alles anders kommt als man denkt. Das Schlimmste, was den Untersuchungsbehörden in dertartigen Fällen zustoßen kann, ist nur, daß sie entweder mit einer vorgefahten Meinung an den Fall herangehen oder durch eine vorgefaht Meinung der Deffentlichkeit in ihrer sachlichen Aufklärungsarbeit gestört werden.

Es ist noch gar nicht so lange her, daß wir durch die Meldungen über den begeisterten Empfang unseres Zeppelins in Amerika in Erstaunen versetzt wurden. Die Amerikaner standen buchstäblich Kopf vor Entzücken über den herrlichen Weltflug des deutschen Luftriesen. So mancher von uns wird sich vielleicht darüber gewundert haben, wie „kolossal beliebt“ wir in der Welt sind. Nun scheint aber diese Beklehtheit einen argen Stoß erhalten zu haben: die Amerikaner weigern sich, für künftige deutsche Flüge ihren Luftschiffhafen bei New York zur Verfügung zu stellen. Jetzt, wo die Sache Ernst wird, und die regelmäßigen Flüge einen lebhaften Aufschwung der deutschen Luftfahrt und damit auch der deutschen Wirtschaft herbeizuführen versprechen, sieht man es jenseits des Ozeans augenscheinlich ungern, daß andere auch einmal ein größeres „Geschäft“ machen. Auch England verbot uns

Stürmische Einwände der Beamtenbankgläubiger.

Gläubigerversammlung im Großen Schauspielhaus in Berlin. Berlin. Dienstag wurde der Termin im Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses über das Vermögen der Bank für Deutsche Beamte im Großen Schauspielhaus in Berlin eröffnet. Der Andrang zu der Gläubigerversammlung war ungeheuer groß, so daß das Schauspielhaus bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Polizei war eifrig bemüht, die über die Vorgänge bei der Bank entzweiteten Anteilseigner zurückzuhalten. Im Schauspielhaus selbst war bei Beginn der Gläubigerversammlung große Aufregung.

ja seinerzeit den Flug über Afrika. Der Zeppelin ist zwar kolossal beliebt in der Welt, nur darf er seine Schwingen nicht allzu mächtig regen. Wir Deutschen erfreuen uns der größten Beliebtheit im Auslande, wenn wir arm und schwach sind. Als wir stark und mächtig dastanden, waren wir die bestgeachteten Leuten auf Gottes Erdboden; nun beginnt man uns Freundlichkeiten zu erweisen und sogar begeisterte Empfehlungen zu bereiten, knüpft aber daran augenscheinlich die stillschweigende Bedingung, daß wir nicht „mucken“ dürfen. Die internationale Beliebtheit ist leicht zu erringen, aber sie kommt einem teuer zu stehen.

Das Attentat auf den neuen mexikanischen Präsidenten wäre vor Jahren eine Sensation ersten Ranges gewesen. Heutzutage dagegen regt sich bei uns kein Mensch darüber auf. Gewalttaten aller Art bis zum Mord auf offener Straße gehören leider schon seit langem zu den alltäglichen Begleiterscheinungen unseres politischen Lebens. Hat sich doch sogar eine Partei, deren Anhänger besonders oft Attentaten ausgeführt sind, gezwungen gesehen, ihre Mitglieder gegen Uebertreter und Morde zu versichern, und haben sich doch die Versicherungsgesellschaften nummehr geweigert, diese Versicherungen abzuschließen, weil das Versicherungswisiko für sie zu groß ist, mit anderen Worten: weil sich die Mordaten gegen die Mitglieder dieser Partei in letzter Zeit zu sehr gehäuft haben. Was kann uns da noch ein lumpiges Attentat in Bildwest imponieren! Wo sind Ordnungssinn, öffentliche Moral, Achtung vor der politischen Gesinnung des Segners, Polizei- und Staatsgewalt geblieben? Sie waren ein unvergleichlich besseres Sicherungsmittel als ein Vertrag mit einer Lebensversicherungsgesellschaft? Wie entsetzlich weit ist doch die Strecke, die wir in verhältnismäßig kurzer Zeit auf der Bahn der Verwilderung des politischen Lebens durchgemessen haben! Wir Deutschen sind zwar Ordnungsmenschen, aber auch Gewohnheitsmenschen: nachdem die Unordnung einmal bei uns auskam, sind wir jetzt drauf und dran, uns an sie zu gewöhnen. Es sollte aber das allen Parteien gemeinsame Programm sein, die Ordnung wieder in ihr Gewohnheitsrecht einzuführen.

Die Kurzsichtigkeit soll eine Begleiterscheinung der Zivilisation und Kultur sein, da sie mit dem häufigen Leben verbunden ist, obgleich es auch kurzsichtige Leute im Altertum gegeben hat, die vielleicht überhaupt nicht geschmökert haben. Nun gibt es zwar Brillen und Kneiser, aber damit hat's doch seinen Haken. Der Kneiser drückt gewöhnlich oder er rutscht von der Nase, die Brille wiederum soll den Menschen „älter“ machen, und für älter gehalten zu werden, als man tatsächlich ist, dünkt manchem eine schlimmere Kränkung, als wenn man ihn für vorbestraft hielt. Die Zivilisation hat nun aber gegen die von ihr angerichteten Schäden gewöhnlich auch ein Heilmittel. So hat man denn jetzt Augengläser erfunden, die nicht auf der Nasenwurzel aufliegen, sondern dem Auge, und zwar der Hornhaut, unmittelbar aufgelegt werden. Das Auflegen und Abnehmen dieser hauchdünnen Gläser soll eine Kunst sein, die nicht jedermann leicht erlernt, und die am besten vor dem Spiegel eingeübt wird. Die Erfindung wird gewiß einen ungeheuren Erfolg haben, denn etwas vor dem Spiegel einzübeln, bereitet einem großen Teil der Menschheit eine unbändige Freude. Ca.

Der Konkursverwalter erstattete sodann einen Bericht, aus dem hervorgeht, daß den Passiven von rund 11,5 Millionen, Aktiven von nur 4,77 Millionen gegenüberstehen. Ferner hat sich herausgestellt, daß das Bildergeschäft, das ein Hauptgrund für die Schwierigkeiten der Bank gewesen ist, einen Verlust von über zwei Millionen Mark erlitten hat.

Die Silber waren mit 2,4 Millionen befahten worden, haben aber nach der Schätzung von Sachverständigen nur einen Höchstwert von etwa 50 000 Reichsmark. Der Situationsbericht schildert eingehend das Zustandekommen des Defizits, das nur durch unbegreifliche und vielleicht verbücherliche Leichtfertigkeit der Schuldigen entstehen konnte und das die runde Summe von etwa 7½ Millionen beträgt. Man begreift wahrhaftig die Erbitterung, die sich

1000-fach rentiert sich ein Abonnement auf das „Pulsnitzer Tageblatt“

Dazu 1 Beilage



Bulsnitzer Tageblatt

Beilage zu Nr. 36

Mittwoch, 12. Februar 1930

82. Jahrgang

Turnen — Sport — Spiel

Fußball DFB.

Sportfreunde I: VfB Heje 1. Cl. 1:1.

Ein eigenartiges Resultat zeltigte obiges Spiel. Der Anstoß erfolgte pünktlich und infolge des herrlichen Winterwetters hatte sich eine ganz stattliche Zahl Zuschauer eingefunden. Ueberaus bemerkenswert gingen die Gäste kurze Zeit nach Anpfiff aus einem Eckball in Führung, obwohl gleich vom Beginn an die Ueberlegenheit der Blaumeisen wahrnehmbar war. Heje ging mit einem wahren Feuereifer ins Zeug und suchte die technischen Mängel dadurch wieder wettzumachen. Pulsnik trug Angriff auf Angriff vor, doch wie der Wind weht, so wie der Mann der VfB er wieder hinten und verriegelten so ihr eigenes Tor, daß es für die blauweißen Stürmer nur selten möglich war, Torchüsse, die Aussicht auf Erfolg hatten, anzubringen. Und die wenigen möglichen Gelegenheiten wurden mit einer Leichfertigkeit behandelt, die ihresgleichen sucht. Mag auch der glatte gefrorene Boden ein Teil Schuld daran haben, so war er jedoch für die künftigen Schüsse bestimmt nicht verantwortlich. Immer deutlicher wirkte sich die Feldüberlegenheit der Heje aus. Den Gästen gelangen hin und wieder und später öfterer schon vorgetragene Angriffe, die aber erst über die 16. Minute der Blaumeisen kamen. Auch eingetretene gefährliche Situationen wurden geschickt abgewendet. So bließ das Resultat bis zur Halbzeit.

Nach der Pause zeigte sich wieder genau dasselbe Bild. Pulsnik spielte und spielte sich eben bloß die klare Feldüberlegenheit heraus und gegen Spielende sogar so stark, daß es ihre Verteidigung wagte, auf der Mittellinie zu stehen, um dort wenn nötig, helfen einzugreifen. Die Gäste verteidigten nun mit 10 Mann, so den Pulsnikern fast alle Chancen nehmend, noch erfolgreich zu sein. Allerdings verpaßten sie einige totschwere Sachen, die schon genügt hätten, die Gäste vollends schachmatt zu stellen. Doch es sollte eben nicht sein. Endlich, 1 Minute vor Schluß konnte Tanisig aus einem Gemäsel vorm Gästetor den Ausgleichstreffer einleiden, und so die große Spannung auflösen. Hierauf Anstoß und Abpfiff.

8 Bischofswerda 2 Jugend war leider nicht angetreten, so daß dieses Spiel ausfiel.

Der Meißner-Hochland-Turngau

Alljährlich einmal kommen die Vertreter aus allen Vereinen des Meißner Hochland-Turngaues zusammen, um Rückschau zu halten, Erfahrungen zu verwerthen und Zukunftswege zu erschließen. Diese Zusammenkunft ist die oberste Beschlußbehörde, der Gauleitung. Derselbe findet in diesem Jahre am kommenden Sonntag, den 16. Februar, statt. Im alten Ritteraale der Burg Hohlfelsen in der sächsischen Schweiz, der schon manche Generation in seinem Mauern gesehen hat, treffen die Turner und Turnerinnen zusammen um in ernstlichen Beratungen praktische Aufbauarbeit zu leisten. Welterfahrungen werden zwar nicht beschlossenen, immerhin bringt die Tagesordnung genug interessante Punkte. So ist der 1. Gauvertreter auf weitere 3 Jahre zu wählen. Jedoch seit dem Zusammenschluß des früheren Nordl. Oberlausitz-Turngaues und dem ehemaligen Meißner-Hochland-Turngau zu dem jetzigen Hochgau Meißner-Hochland ist die uneigennützigste Tätigkeit des bisherigen Führers, des Lehrers Richard H. Arltel, Schmüden, so beachtenswert und befruchtend gewesen, daß seine Wiederwahl von vornherein sicher steht. Die übrigen technischen Warte sind bereits gewählt und werden von Gantag nur bestätigt. Eine Erhöhung der Kopfsteuer ist auch nicht vorgesehen, jedoch heute schon ein freiböulleser Verlauf des Gantages vorausgesetzt werden darf.

Keine Herabsetzung der Jugendaltersgrenze

Ueber die kürzliche Hauptauschulungstagung der Deutschen Sportbehörde sind bezüglich der Verringerung des Jugendalters Nachrichten in die Öffentlichkeit gelangt, die zu Mißverständnissen geführt haben. Der betreffende Beschluß geht dahin, das Jugendalter auf 17 Jahre herabzusetzen, unter der Voraussetzung, das auch der Deutsche Fußball-Bund die gleiche Maßnahme trifft. Das ist bis her nicht geschieden. Der Verband Mitteldeutscher Ballspiel-Vereine, dessen Vertreter übrigens sich gegen den Beschluß der Herabsetzung gewandt haben, weiß daher seine Vereine darauf hin, daß die Jugendaltersgrenzen unverändert wie bisher bestehen und demgemäß einzuhalten sind.

Himalaja-Expedition unter deutscher Leitung.



Ende Februar wird unter Führung des Breslauer Geologen Prof. Dr. Günther Oskar Dyhrenfurth eine neue deutsche Himalaja-Expedition aufbrechen, um den Karakoram-Gebirge im Himalaja-Gebiet, den zweithöchsten Berg der Welt, mit 8602 Meter, zu bezwingen. Bewährte deutsche, englische und österreichische Bergsteiger werden der Expedition angeschlossen.

Mißtrauensantrag gegen die Regierung.

Sächsischer Landtag.

(26. Sitzung.)

OB. Dresden, 11. Februar.

In der Sitzung des Sächsischen Landtages wurden die in der letzten Sitzung ausgetretenen Abstimmungen über zwei Anträge vorgenommen. Der kommunistische Antrag, die Regierung zu beauftragen, den notleidenden Gemeinden sofort Mittel zur Erfüllung ihrer sozialen Aufgaben zur Verfügung zu stellen, wurde mit großer Mehrheit angenommen.

fügend zu stellen, findet Annahme. Angenommen wird auch das gewünschte Verbot der Übertragung von Kommunalbetrieben an Privatunternehmer, während das verlangte Verbot der Umwandlung von Kommunalbetrieben in gemischtwirtschaftliche Betriebe verfallen wird. Weiter wird die von den Kommunisten beantragte Bereitstellung von fünf Millionen Reichsmark für die Bezirksfürsorgeverbände zur Unterstützung ausgesetzter Erwerbsloser abgelehnt, dafür aber ein sozialdemokratischer Antrag, den Gemeinden des Bezirksfürsorgeverbandes vier Millionen Reichsmark zwecks Behebung dringender Nothstände möglichst noch im laufenden Rechnungsjahre zur Verfügung zu stellen, angenommen. Auf eine sozialdemokratische Anfrage über Stilllegung der Schachtanlage Kaisergrube antwortet Ministerialdirektor Dr. Kittel:

Der sächsische Steinkohlenbergbau

befindet sich schon seit längerer Zeit in einer schwierigen Lage. Dementsprechend hat die Gewerkschaft Gottesseggen schon im Frühjahr 1929 beschließen, den Betrieb der Abteilung Kaisergrube im Laufe des Jahres 1931 einzustellen. Im Winter 1929/30 ist aber der Abfuhr des sächsischen Steinkohlenbergbaues zurückgegangen. Infolgedessen liegen auf allen sächsischen Steinkohlenbergwerken große Kohlenmengen unverkäuflich am Lager. Bei der Gewerkschaft Gottesseggen sind es fast 50 000 Tonnen mit einem Gesamtwerth von über 1/2 Millionen Mark. Die Gewerkschaft muß daher ihre Forderungen vermindern. Es müssen aber von einheimischen Arbeitern nur 87 Mann ihre Tätigkeit aufgeben. Das werden zum größten Teil solche sein, die bereits Anspruch auf Knappschaftspension besitzen. Die wenigen Arbeiter, bei denen das nicht der Fall sein sollte, werden in anderen sächsischen Steinkohlenbergwerken Beschäftigung finden. Die 21 auf der Kaisergrube beschäftigten Angestellten werden auch in anderen Betriebsabteilungen weiterbeschäftigt werden können.

Darauf legte Finanzminister Dr. Weber die Vorlage über die

Anseinersehung zwischen Sachsen und dem Reich über die Eigentumsverhältnisse in den ehemaligen sächsischen Hoergarundstücken vor. Er bittet, den nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommenen Vereinbarungen zuzustimmen. Nach kurzer Aussprache wird die Vorlage an den Rechtsausschuß verwiesen.

Weiter steht der Gesetzentwurf über das Auerbenerrecht zur Verhandlung.

Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda legt den Entwurf begründend vor. In dem vorliegenden Entwurf seien die vom letzten Landtag geäußerten Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt worden.

Abg. Claus (Dem.) befürchtet, daß durch die Bestimmungen des Entwurfes die Arbeiter beinahe völlig entrechtet würden. Das werde zur Zerstörung der Familie führen.

Abg. Schladebach (Sächs. Landw.) hält den Entwurf für ein geeignetes Mittel, der Landwirtschaft zu helfen. Die Verschleppung des bäuerlichen Besitzes in kleine Parzellen müsse verhindert werden.

Abg. Wagner (Zim.) kennzeichnet die Vorlage als annehmbar.

Abg. Neu (Soz.): Seine Freunde mißtrauen sich die endgültige Entscheidung für die Ausschüßberatungen vorbehalten.

Abg. Dr. Wilhelm (Wirtschaftspartei) erklärt die Zustimmung der Wirtschaftspartei zu dem Auerbenerrecht, auch wenn es nicht obligatorisch eingeführt werden soll.

Abg. Schneider (Komm.) meint, man versuche, mit der Vorlage die Bauernschaft nur über die wirkliche Not hinwegzutäuschen.

Abg. Diekmann (D. Sp.): Seine Freunde seien mit der Regierung der Meinung, daß die Vorlage den wichtigsten Interessen des Bauernstandes diene.

Die Vorlage geht hierauf an den Rechtsausschuß. Den letzten Beratungsgegenstand bildet der Gesetzentwurf über die Zusammenlegung von Grundstücken.

Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda bearbeitet die

Die verschwundene Handschrift

Roman von Hanns Zomack

Copyright by Ma. tin Feuchtwanger, Halle (Saale)

„Ruhel, Ruhel, unterbrach Wendler. „Sagen Sie sich erst einmal ruhig hin und gestehen Sie ganz offen und ehrlich, weshalb Sie Hans Torwaldsen ermorden wollten.“

Matthias Doblinger erschalt nicht. Im Gegenteil. Ueber sein Gesicht glitt jetzt ein eigentümliches Lächeln, als er antwortete:

„Hören Sie, Herr Kommissar: Soll ich Ihnen vielleicht einen guten Nervenarzt empfehlen?“

Jetzt lächelte Wendler. Aber in seinem Lachen lag eine Drohung.

„Alle Achtung, Herr Doblinger, Sie sind schlimmer, als ich dachte. Eine derartige Kaltblütigkeit so direkt nach begangener Tat ist mir beinahe noch nicht vorgekommen.“

Wieder wollte Doblinger aufbrausen, aber Wendler machte eine kurze Handbewegung und sagte:

„Lassen Sie mich ausreden. Ich will Ihnen zunächst eine Mitteilung machen, die Ihre große Ruhe vielleicht doch etwas ins Wanken bringen dürfte. Also hören Sie: Der Dolchstich, den Sie Hans Torwaldsen beibrachten, war gar nicht tödlich, wie Sie wohl annahmten. Es besteht sogar die Aussicht, daß der junge Kunstmalers gut durchkommt. Vielleicht ist er schon in wenigen Stunden vernunftfähig. Vielleicht sind Sie jetzt eher zu einem Geständnis geneigt, da Torwaldsen sicher seinen Angreifer erkannt hat und ihn uns bald nennen wird.“

Matthias Doblingers maßlose Erregung war bei diesen Worten einer fast unheimlichen Ruhe gewichen. Er blickte jetzt ernst und beinahe erschrocken auf den Kommissar. Die Zornesröthe aus seinem Gesicht war verschwunden. Sein Antlitz war leichenblau.

„Herr Kommissar“, begann er jetzt eigentümlich

stodend, „Sie mögen mich zwar vielleicht für den gerissensten und verstocktesten Verbrecher halten, der unter der Sonne herumläuft, aber ich muß Sie doch bitten, mir methodisch von Anfang an zu erzählen, was eigentlich heute nacht hier in meinem Hause geschehen ist und was ich dabei alles verbrochen haben soll. Ich werde bemüht sein, mich so ruhig wie möglich dabei zu verhalten, auch wenn es mir sehr schwer fallen sollte. Also bitte beginnen Sie!“

Wendler blieb nichts weiter übrig, als diesem Verlangen nachzukommen, wiewohl er fest davon überzeugt war, daß Doblinger selbst viel besser über den Vorfall Bescheid wußte. Ja, er ging soweit, zu glauben, daß Doblinger dadurch nur erfahren wollte, wie weit die Kriminalpolizei von allem unterrichtet sei.

Trotzdem konnte er dieses Verlangen nicht abschlagen. Doblinger war ja noch nicht verurteilt.

So begann er denn zu erzählen.

Matthias Doblinger hörte den Worten des Kriminalisten zu, ohne zu unterbrechen. Er wurde jetzt wieder etwas lebhafter, hatte sich aber vollständig in der Gewalt. Als Wendler geendet hatte, fragte er:

„Sagen Sie mir nur das eine, Herr Kommissar: Weshalb kam wohl Hans Torwaldsen in mein Haus? Und dazu noch zu dieser immerhin ungewöhnlichen Stunde?“

„Das wollte ich gern von Ihnen erfahren, denn sicherlich haben Sie Herrn Torwaldsen irgendwie dazu veranlaßt, zu Ihnen zu kommen. Aber darüber können Sie sich ja mit dem Untersuchungsrichter eingehender unterhalten.“

„Mit dem Untersuchungsrichter? Soll das vielleicht heißen, daß Sie mich verhaften wollen?“

„Allerdings“, erwiderte Wendler mit erhobener Stimme. „Im Namen des Gesetzes erkläre ich Sie hiermit für verhaftet!“

„Und die Gründe, Herr Kommissar! Dürfte ich die vielleicht erfahren. Sie haben sich selbst davon überzeugt, daß ich nicht in der Villa anwesend war. Daß die Tat in

meinem Hause geschah, ist doch noch kein Beweis für meine Schuld.“

Wendler lachte nur kurz auf und zog aus seiner Tasche ein Taschentuch hervor, das er Doblinger hinhielt.

„Gehört das Ihnen, Herr Doblinger? Es trägt Ihr Monogramm?“ fragte er dabei ernst.

Dieser betrachtete es genau und nickte dann zustimmend, indem er erklärte:

„Es ist allerdings eins von meinen Taschentüchern. Wo fanden Sie es?“

„Direkt am Tatort im Vestibül. Es lag keine drei Schritte weit von Hans Torwaldsen entfernt.“

Da sprach Matthias Doblinger kein Wort mehr und folgte stumm dem Beamten.

Inzwischen wartete Lilla Torwaldsen vergeblich auf die Rückkehr ihres Schwagers. Ihre Unruhe wuchs von Stunde zu Stunde.

Ein paarmal hatte sie schon versucht, bei Doblinger anzurufen, aber es kam dort niemand an den Apparat.

Kurz nach Mitternacht klingelte dann plötzlich das Telefon. Kommissar Wendler meldete sich. Er fragte, ob er Frau Torwaldsen trotz der späten Stunde in einer wichtigen Angelegenheit noch um eine kurze Unterredung bitten dürfte. Sie sagte selbstverständlich zu.

Eine halbe Stunde später erschien Wendler in Lilla Torwaldsens Wohnung.

Er versuchte der jungen Frau die neue Mietswohnung so schonend wie möglich beizubringen und fragte deshalb zunächst, ob sie wüßte, wo sich ihr Schwager augenblicklich befände.

„Ich bin selbst um ihn in Sorge“, entgegnete Frau Lilla ängstlich. „Matthias Doblinger klingelte gegen halb neun Uhr hier bei mir an und bat meinen Schwager, zu einer kurzen Rücksprache über die Manuskriptangelegenheit nach seiner Villa im Grunewald zu kommen. Hans befand sich in begrifflicher Erregung; mir ging es nicht besser.“

Vorlage. Der Entwurf verstärkte und beschleunigte die Zusammenlegung durch Änderung der Organisation der Zusammenlegungsbehörden. — Abg. Dr. Tren (Sächs. Landw.) wendet sich gegen das Gesetz.

Abg. Schulz (Soz.) erklärt sich im allgemeinen mit der Vorlage einverstanden. — Abg. Claus (Dem.) äußert Bedenken gegen die Vorlage in der jetzigen Fassung. — Abg. Dr. Wilhelm (Wirtsch.-Partei) begrüßt die Vorlage, hegt aber Zweifel, ob die Zeit zur Durchführung geeignet sei.

Auch diese Vorlage wird an den Rechtsausschuß verwiesen. Vizepräsident Dr. Hikmann teilt sodann mit, daß von den Nationalsozialisten ein Antrag folgenden Wortlautes eingegangen sei: Die Regierung besitze nicht mehr das Vertrauen des Landtages (lebhafter Bewegung im ganzen Hause, Girtl Girt-Rufe). Der Vizepräsident teilt mit, daß auch dieser Antrag in der nächsten Sitzung mit behandelt werden soll. Nächste Sitzung Dienstag, den 18. Februar.

Die Besprechungen über den kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Dr. Brünger haben, wie bekannt, noch zu keiner einheitlichen Haltung der Regierungsparteien geführt. Die Verhandlung über den Mißtrauensantrag steht am 18. Februar auf der Tagesordnung des Landtages.

Für Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

Entschließung des Gewerbekammertages.

Auf dem ersten diesjährigen Sächsischen Gewerbekammertage wurde u. a. zur Frage der Wohnungszwangswirtschaft folgende Entschließung angenommen: „Die sächsischen Gewerbekammern halten den Zeitpunkt für einen wirksamen Abbau der Zwangswirtschaft für das Wohnungswesen nunmehr für gekommen. Zur Begründung ihres Standpunktes wird insbesondere auf die Erfahrungen verwiesen, die auf anderen Gebieten der Zwangswirtschaft gemacht worden sind. Es hat sich immer gezeigt, daß Zwangswirtschaftsverhältnisse auf die Dauer nicht tragbar sind. Das gilt nach den Erfahrungen der letzten Jahre in besonderem Maße auch für die Wohnungszwangswirtschaft. Ohne weiteres kann damit gerechnet werden, daß bei Wiedereinschaltung der freien Wirtschaft ein größeres Angebot an Wohnungen und gewerblichen Räumen vorliegt. Es ist also der weitere stufenweise Abbau der Zwangswirtschaft mit dem Ziele völliger Beseitigung dringend notwendig.“

Die sächsischen Gewerbekammern vertreten auch die Auffassung, daß das Mietrechtsgesetz weder rechtlich noch wirtschaftlich eine weitere Erlaubnisbewilligung hat. Die ordentliche Gesetzgebung, die erforderlichenfalls für die Zeit des Übergangs zur freien Wohnungswirtschaft durch Übergangsbestimmungen ergänzt werden kann, ist als eine ausreichende Grundlage für die Regelung der Interessen der Vermieter und der Mieter zu betrachten. Bei dieser Sachlage erscheint auch eine Sonderregelung für gewerbliche Räume unangehörig.“

Evangelische Geistliche gegen das Faschingsstreiben.

Die evangelischen Geistlichen der Stadt Dresden haben in einer Ephoraltskonferenz beschlossen, die Glieder der Stadtgemeinde zu bitten, alle mit der Faschingszeit meist verbundenen Ausgaben zu meiden und sich vom ganzen Treiben fernzuhalten. Die Not allein von 55 000 Arbeitslosen in Dresden, die sonstigen sittlichen und sozialen Nöte der Zeit sollen es jedem ernstlichen Christen unmöglich machen, sich an Veranlassungen zu beteiligen, die das Gewissen des Volkes betäuben, statt die Verantwortung zu wecken.

Börse und Handel

Amthliche sächsische Notierungen vom 11. Februar.

Dresden. Das Geschäft war ruhig, die Kurse wenig verändert. Von Elektrowerten konnten sich Böge um 4 Prozent ausbessern, Textilitäten waren durchweg niedriger. Auffallend schwach waren Dresdener Gardinen, die 3,5 Prozent verloren. Von Aktien der Papierfabriken lagen wesentlich schwächer. Vereinigte Photostadt, die 6 Prozent verloren, d. Genußschein mit minus 3; Dresdener Albumingenüßschein verloren 4,5 und Zell-Nylon 2,75 Prozent. Wima und Hobe-Stammaktien befestigten sich ein wenig. Brauereiwerte durchweg niedriger angeboten. Keramik lagen rückläufig, von Fahrabaktien waren Wanderer und Fries u. Höpflinger erholt.

Leipzig. Bei ruhigem Geschäft gab es keine nennenswerten Veränderungen. Die Kurse lagen überwiegend um 1 Prozent schwächer. Reichsbank hatten Einbußen von 3, Sächsische Bank von 2, Kröllwitz 2, Siemens Glas von 4 Prozent aufzuweisen. Chemnitz. Die Tendenz war uneinheitlich, aber eine freundliche Grundstimmung unverkennbar. Am Maschinenmarkt lagen Wanderer und Böge etwas höher, dagegen bröckelten Sachsenwert, Schönherr, David Richter und Beniger Maschinen um je 1 Prozent ab. Am Textilmarkt waren Bachmann u. Ladewig 3 Prozent höher gesucht. Banfaktien tendierten fest.

Leipziger Produktbörse. Weizen, inländ., 74,5 kg. 232 bis 238; Roggen, hiesiger, 70 kg. 157-161; Sandroggen 71 kg. 157-161; Sommergerste, inländ. 170-185; Wintergerste 157 bis 160; Hafer 132-142; Mais amerikanischer 166-168; Mais Cinquantino 176-240; Erbsen 190-210. Die amtlichen Notierungen lauten für prompte Ware Parität freifach Leipzig. Alles bezahlt und Brief.

Berliner Börse vom Dienstag.

Die Geschäftsstille, die die Börse beherrschte, ist kaum mehr zu überbieten. So konnte innerhalb der ersten Börsensunden von 51 im Großverkehr gehandelten Papieren außer den Anfangsnoteirungen nur bei 15 ein weiterer Kurs festgestellt werden. Es ist verständlich, daß dies auf die Stimmung deprimierend

wirkt. Nichts charakterisiert die Lage besser als ein Anschlag, daß Reflektanten auf günstig gelegene Sitzplätze und Fernsprechzellen im Börsegebäude gesucht werden. Wie es heißt, hat sich bisher, obwohl dieser Anschlag schon über eine Woche alt ist, kaum jemand gemeldet.

Effektenmärkte.

Gemischte Renten waren etwas schwächer. Ausländische Renten waren wenig verändert. Schiffahrtswerte verloren bis zu 1 Prozent. Am Bankmarkt waren Idealschwächer im Zusammenhang mit Gerüchten, daß das Institut die Dividende ermäßigen werde. Reichsbank verloren im Berlaufe 2 Prozent. Montanaktien waren im allgemeinen ziemlich widerstandsfähig. Kalkaktien bleiben fast ungeschwächt.

Berliner Produktbörse vom Dienstag. Weiter fest.

Vom Ausland war die Stimmung für Weizen etwas festiger gemeldet, im Verlaufe von Liverpool sogar fester. Hier stimmen die verschiedenen Maßnahmen der Getreideverläufer zuversichtlicher. Die Gesamtmarktfrage war somit bei ruhiger Nachfrage leicht gefestigt.

Amthliche Notierung der Mittagbörsen ab Station

Mehl und Kleie brutto einschl. Sac frei Berlin.

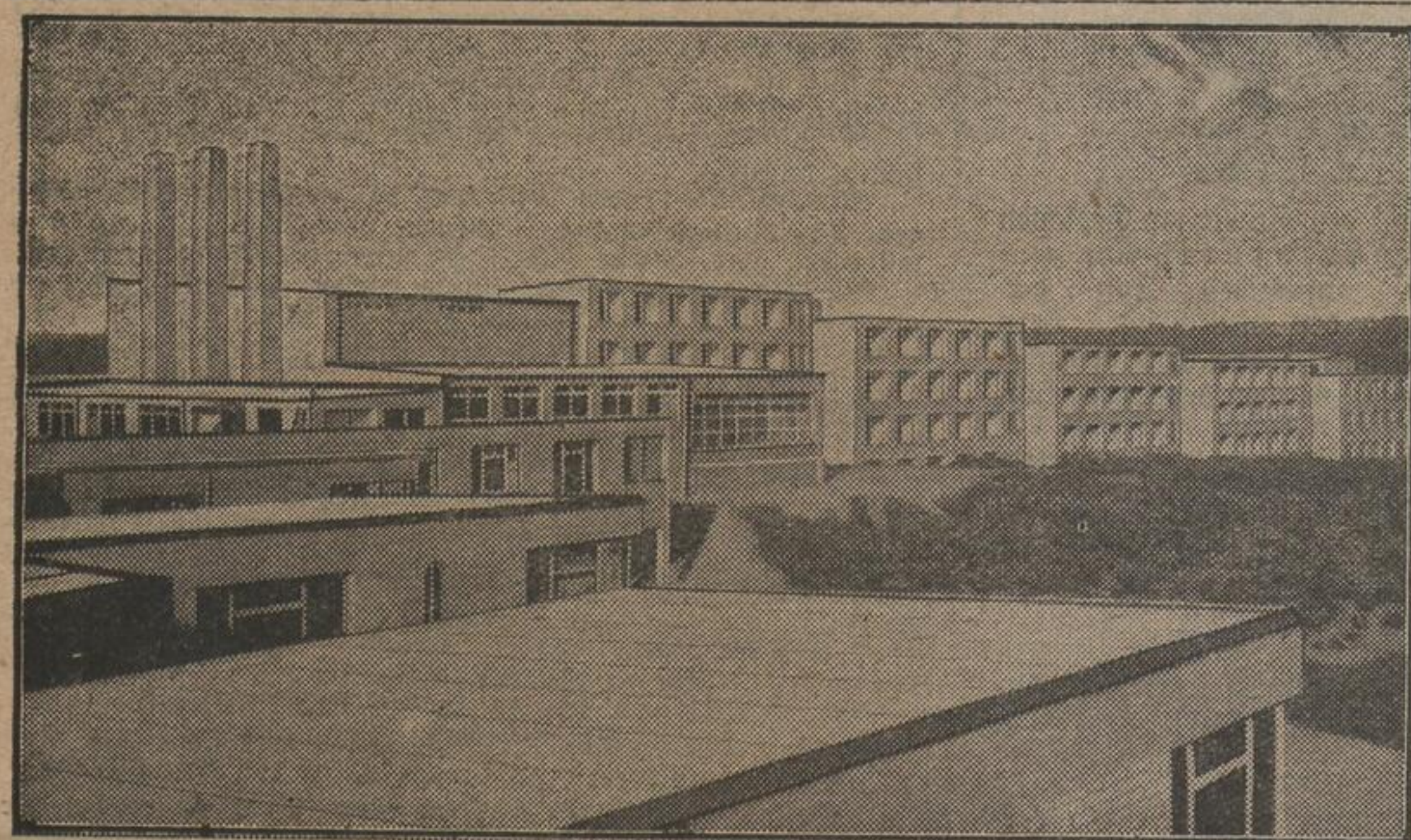
1000 kg	11. 2. 30	10. 2. 30	100 kg	11. 2. 30	10. 2. 30.
Weiz.			Mehl 70 %		
märl.	237.0	240.0	Weizen	28.2	35.2
März	252.5	254.5	Roggen	21.2	25.0
Ma	264.0	265.5	Weizenkleie	7.75	8.50
Juli	274.5	272.0	Roggenkleie	7.75	8.25
Rogg.			Weizenkleie-		
märl.	159.0	163.0	melasse		
März	175.0	175.7	Raps (1000 kg)		
Ma	184.0	181.7	Leinfaat (do.)		
Juli	183.7	184.2	Erbsen, Victoria	22.0	29.0
Gerste			Kl. Speiserbsen	20.0	23.0
Brau	160.0	170.0	Futtererbsen	16.0	17.0
Wint.	—	—	Belufschfen	16.5	18.5
Futt.	138.0	147.0	Ackerbohnen	16.5	18.5
			Wicken	18.5	23.0
			Lupinen, blau	13.0	14.0
			gelb	16.5	17.5
Hafers			Serabella, neue	23.0	28.0
märl.	123.0	133.0	Rapsstuchfen	16.0	16.4
März	139.00	136.5	Lein. stuchfen	19.8	20.0
Ma	147.0	146.0	Trodenschneigel	6.60	6.80
Juli	151.7	—	Soya-Extrat		
Ma			Schrot	13.8	14.4
Berlin	—	—		13.0	13.5
Plata	—	—			

Berliner Butterpreise. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: 1. Qualität 158, 2. Qualität 143, abfallende Sorten 127 Rm.

Berliner Schlachtviehmarkt. (Amtlich.) Auftrieb: 1348 Rinder, darunter 316 Ochsen, 390 Bullen, 642 Kühe und Färken, 2670 Kälber, 2413 Schafe (361 zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt), 10 628 Schweine (2283 zum Schlachthof direkt seit letztem Viehmarkt), 3043 Auslandschweine. Verlauf: Bei Rindern und Kälbern in guter Ware glatt, sonst ruhig; bei Schafen ruhig, bei Schweinen ziemlich glatt. Preise: Ochsen: a) 57-58, b) 52-56, c) 47-50, d) 40-44; Bullen: a) 54-56, b) 52-54, c) 48-50, d) 45-47; Kühe: a) 42-45, b) 32-40, c) 28-30, d) 22-25; Färken: a) 52-54, b) 48-50, c) 36-45; Freiser: 37 bis 48; Kälber a) —, b) 75-83, c) 62-76, d) 50-60; Schafe: a) 66-68, b) 60-65, c) 50-52, d) 48-55, e) 37-45; Schweine: a) 79-80, b) 79-80, c) 78-80, d) 76-79, e) 74-75; Sauen: 71-72. (Ohe Gewähr.)

Berliner amtliche Notierung für Mauthatter. Drahtgepreßtes Roggenstroh (Quadratballen) 1,15-1,40, do. Weizenstroh 1,10-1,30, do. Hafstroh 1-1,20, do. Gerbenstroh 1-1,10, Roggenlangstroh (zweimal mit Stroh gebündelt) 1,20-1,40, bindfadengepreßtes Roggenstroh 0,95-1,15, do. Weizenstroh 0,85-1, Häckel 1,75-1,95, handelsübliches Heu, gefund und trocken, nicht über 80 Prozent Besatz mit minderwertigen Gräsern 2-2,40, gutes Heu d. eal. nicht über 10 Prozent Besatz 2,70-3,20, Schmotee lose 4-4,40, Kleeheu lose 3,90-4,30, Drahtgepreßtes Heu 40 Pf. über Notiz. Die Preise verstehen sich als Erzeugerpreise ab marktlichen Stationen frei Wagon für 50 Kilogramm in Reichsmark. (Ohne Gewähr.)

Zunahme der deutschen Spareinlagen. Im Dezember haben die Spareinlagen deutscher Sparkassen um 188,2 Mill. Reichsmark auf 9015,6 Mill. Rm. zugenommen. Von der Zunahme entfallen allerdings 166 Mill. Rm. auf Zinsgutschriften und 3 Mill. Rm. auf Aufwertung.



Eine Bundesschule des Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbundes

Ist nach den Plänen des Prof. Hannes Meyer vom Dessauer Bauhaus in Bernau bei Berlin errichtet und jetzt im Rohbau fertiggestellt worden. Hier werden die vom Gewerkschaftsbund empfohlenen Schüler, die zu Gewerkschaftsfunktionären herangebildet werden sollen, eine mit allen wissenschaftlichen, technischen und sportlichen Einrichtungen ausgestattete neuzeitliche Unterrichtsstätte finden.

Die verschwundene Handschrift

Roman von Hanns Zomack

„Er versprach jedoch, nach der Aussprache mit Dobltinger unbedingt noch einmal bei mir vorbeizukommen. Ich warte nun schon den ganzen Abend auf ihn, habe auch schon einige Male bei Dobltinger angeläutet. Es meldet sich jedoch kein Mensch. Ich befinde mich deshalb einigermaßen in Unruhe.“

„Dobltinger hat bei Ihnen angerufen und Ihren Schwager nach seiner Villa bestellt?“ rief Wendler aus höchster Überraschung. „Wann sollte denn Herr Torwaldsen bei ihm sein?“

„Er fuhr gleich unmittelbar nach dem Anruf mit einer Autotaxi hinaus. Gegen neun Uhr wird er also draußen gewesen sein. Aber was fragen Sie so genau? Es ist ihm doch nicht etwa ein Unglück zugefallen?“

„Erschrecken Sie nicht, gnädige Frau, Gott sei Dank ist es nicht so schlimm, wie ich zuerst glaubte. Es ist allerdings etwas passiert, und Ihr Schwager befindet sich augenblicklich im Krankenhaus.“

Die junge Frau stieß einen ängstlichen Schrei aus.

„Um Gottes willen, was ist geschehen?“

„Es ist ein Mordversuch auf ihn verübt worden. Die Sache ist aber einigermaßen glimpflich abgelaufen. Also keine unnötige Angst, gnädige Frau.“

„Ein Mordversuch? Gott im Himmel! Wer tat es, Herr Kommissar?“

„Nun, da Sie mir gesagt haben, Frau Torwaldsen, daß Dobltinger hier ankam und Ihren Schwager nach seiner Villa bestellte, weiß ich es ganz positiv, daß es Matthias Dobltinger und kein anderer gewesen sein kann, der den Dolchstoß ausgeführt hat.“

„Entsetzlich!“ sagte die junge Frau und sank bleich in ihren Sessel zurück.

„Nengstigen Sie sich nicht zu sehr“, tröstete sie Wendler. „Das ärztliche Gutachten über den Befund Ihres Schwagers ist, wie mir vorhin mitgeteilt wurde, gar nicht so schlecht. Man rechnet damit, daß er bereits morgen oder spätestens übermorgen vernunftfähig sein wird.“

Villa Torwaldsen erhob sich jetzt schnell. Sie war nun nicht mehr zu halten und verließ sofort in Begleitung des Kommissars die Wohnung, um sich unverzüglich an das Krankenlager ihres Schwagers zu begeben.

Matthias Dobltinger war inzwischen unter Mordverdacht ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert worden. Die Motive der Tat lagen ja klar auf der Hand. Wendler kombinierte folgendermaßen:

Dobltinger hatte den Kunstmalers Hans Torwaldsen beiseitigen wollen, da er diesen energischen und zielbewußten Menschen fürchtete, vielleicht sogar mehr fürchtete als die Kriminalpolizei.

Frau Vitta Torwaldsen gegenüber hätte er sich ja leicht durch eine größere Geldzahlung aus der Affäre ziehen können. Hans Torwaldsen hingegen hatte durch seine bisherigen Bemühungen in dieser Sache bewiesen, daß er nicht eher ruhen würde, bis alles resillos geklärt sei.

Sicherlich hatte er vorgehabt, die Leiche Hans Torwaldsens zu beseitigen, war aber durch das unverhoffte Auftauchen des jungen Kriminalbeamten gestört worden. Vielleicht hatte er auch einen Unfall oder etwas Ähnliches vortäuschen wollen.

Als nun aber die Tat vorzeitig entdeckt worden war, versuchte er einfach wieder den völlig Unwissenden zu spielen, also dieselbe Rolle, die er schon in der Manuskriptfälschung äußerst erfolgreich gemimt hatte.

Und diese Rolle hielt er nun auch mit einer eigenen, beinahe bewundernswerten Ausdauer bei. Auch vor dem Untersuchungsrichter war er im schärfsten Kreuzverhör nicht ein einziges Mal wankend geworden.

Er leugnete einfach alles, und zwar mit dem überzeugtesten Gesichtsausdruck. So gab er zum Beispiel auch nicht

zu, Hans Torwaldsen an jenem Abend telefonisch angerufen und zu sich bestellt zu haben. Er hatte überhaupt nichts getan und wußte von nichts. Das war das ständige Ja und Amen seiner Rede.

Am nächsten Morgen schon, in aller Frühe, suchte Kommissar Wendler das Krankenhaus auf, in dem Hans Torwaldsen untergebracht worden war. Der Patient befand sich bereits wieder bei Besinnung, und nach einigem Hin und Her gestattete schließlich der leitende Arzt eine kurze Vernehmung.

Hans Torwaldsen lag mit bleichem Gesicht in den Kissen seines Bettes, aber seine Augen waren lebhaft und sahen dem Kommissar erwartend entgegen.

„Gut, daß Sie kommen!“ rief er mit matter Stimme dem Eintretenden zu. „Ich habe Ihnen manches zu erzählen. Was sagen Sie zu dem Ueberfall? Hätte der Schurke nur eine Benignität besser getroffen, so wäre es jetzt vorbei mit mir.“

„Sie können wirklich von Glück reden“, entgegnete Wendler lächelnd. „Hoffentlich strengt Sie meine Gegenwart nicht allzu sehr an, aber Sie werden verstehen, daß mir viel daran liegt, den Hergang des Ueberfalles so ausführlich wie möglich aus Ihrem Munde zu erfahren.“

„Ich will versuchen, Ihnen alles so genau wie möglich wiederzugeben. Merkwürdig genug ist ja die ganze Geschichte. Sehen Sie sich, bitte, näher heran an mein Bett, denn das laute Sprechen strengt mich an.“

Und nun berichtete Hans Torwaldsen folgendes:

„Wie mir bereits meine Schwägerin erzählte, wissen Sie schon über das gestrige Telefongespräch mit Matthias Dobltinger Bescheid. Ich brauche mich also dabei nicht länger aufzuhalten. Als ich im Auto vor dem Gittertor der Dobltingerschen Besichtigung hielt, fand ich die Tür offenstehen. Auch das elektrische Licht flammte im Hause auf. Ich nahm daher an, daß man mein Kommen bemerkt habe und das Öffnen der Tür automatisch vom Hause aus geschehen sei.“

(Fortsetzung folgt.)